

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colonnellen für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Bundes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Eine Zufluchtsstätte.

„Es gibt für den Menschen keine geräuschlosere und ungestörtere Zufluchtsstätte als seine eigene Seele.“
(Mark Aurel.)

Das Charakteristikum der Menschen des 20. Jahrhunderts ist Hast und Unruhe. Express, Auto und Luftschiff sind die Zeichen der Zeit. Jedenfalls bedeutet es einen Fortschritt, daß man heute ein Reiseziel in drei Stunden erreichen kann, wozu man früher in der idyllischen Postkutsche drei Tage brauchte. Aber wenn ging's manchmal nicht allzu schnell? Mitten im Großstadtdreiwimmel, wo die Autos jagen, die Menge hant durcheinander brängt, wo in allen möglichen Sprachen geredet wird, möchte man sich oft an den Kopf fassen, ob der noch nicht wankt, und es kommt oft ein Gefühl über einen, als ob man das Gleichgewicht verlore. Die Sehnsucht nach Ruhe ist die natürliche Reaktion der Seele auf die sinnverwirrenden Eindrücke. — Die Ausflugsorte, die belebten Wälder, die überfüllten Sommerfrischen selbst in einsamen Gegenden beweisen, wie ruhebedürftig die Menschen sind! Doch hier treffen sich alle die aberwitzigen Menschenkinder wieder — und einer stört die Ruhe des andern. Es gibt nur eine Stätte, wo man sicher ist, allein zu sein — das ist die eigene Seele.

Leider haben nur wenige Menschen den Schlüssel zu diesem Zufluchtsort für alle Müdigkeit und Ruhebedürftigkeit. Die innere Burg des Friedens eröffnet sich nur dem, der Augen und Ohren einmal für alle Sinneneindrücke verschließt. — Weil man aber im gewöhnlichen Leben auf den Verkehr mit der Außenwelt angewiesen ist, kann diese feilsche Einsicht auch nur ein Vorrecht von Feiertagsstunden sein; doch genügt dies, um die gestörte Ruhe wieder in Gleichgewicht zu bringen, um dann alles Tun und Treiben mit einer wohlthuenden Gleichmäßigkeit und Harmonie zu durchdringen. Wenn man sich einmal in das Innere versenkt, seinen hervorragenden Wert gegenüber der Welt des Stoffes erlebt, wenn sich einem eine jenseitige Welt voll Glanz und Licht als das Ziel des Lebens aufstaut — dann geht ein neuer Lebensakt und ein frisches Streben durch den ganzen Menschen. Man sieht ein, daß die ganze Welt der Erscheinungen nur der Ausgangspunkt ist, um von hier aus ein höheres Leben zu gewinnen. Mit dieser ruhigen Erkenntnis und mit dem neu gestärkten Willensantriebe zwingt man die hastende Welt zu seinen Füßen, anstatt sich weiterhin von ihr fortzureißen zu lassen.

Wer einmal an einer stillen Festtagsstunde den Weg in seine Seele gefunden, wer ihren beruhigenden und beglückenden Einfluß erfahren hat, für den wird es bald ein lieber, gewohnheitsmäßiger Gang werden, sich in seinem Seelenheime Ruhe zu suchen.

Zur Sommerzeit.

Es blicke viel Memmen der Tyrannei
Und spähere sich schwach und feig der Ruh —
Die Knechte haß' ich, die ohne Ziel
Am Wege schlendern nur immerzu. —
(Hans Besold.)

„Bingsten ist's wieder. Der Sommer, die Zeit der Ausflüge und Kirmessen, die Zeit, wo auch im kleinsten Dorfe ein Fest das andere jagt, hält seinen Einzug. Nur allzu leicht sind da die Kollegen an vielen Orten geneigt, die Gewerkschaftsarbeit in den Hintergrund treten zu lassen. Im Frühjahr hat man ja das Seine getan, man hat bewiesen, daß man es ernst nahm mit der gewerkschaftlichen Werbearbeit —“ so wenigstens reden sich viele Kollegen selbst vor. Aber — ist dieser Zuspruch nicht verdächtig? Berrät er nicht das mahnende Gewissen? Wie weit ist die Frühjahrswerbearbeit denn eigentlich gediehen?

Nun, wer ehrlich sein will, wird zugeben müssen, daß die Frühjahrswerbearbeit an den meisten Orten noch nicht weit über das Stadium eines bloßen Wortes hinaus gekommen ist. Mit guten Vorsätzen ist aber auch — wie ein bekanntes Sprichwort treffend sagt — der Weg zur Hölle gepflastert. Man erbaute und berauscht sich gern an den Wunderdingen, die das eine Wort „ich will!“ geschaffen hat. Aber man vergißt dabei sehr oft, daß es mit dem Wort allein und auch mit Beschlüssen und Vorsätzen nicht getan ist. Zum rechten Willen gehört die Tat; darum nennt auch der bekannte Pädagoge Förster den Willen „die große und gesammelte Entschlossenheit“. Wir christlichen Gewerkschaftler sind gewillt, zunächst die wirtschaftliche Lage unseres Standes zu bessern. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine starke, möglichst alle Berufscollegen umfassende Organisation. Dazu wiederum ist unausgesetzte Werbe- und Aufklärungsarbeit notwendig, um die Tausende noch abseits unserer Bewegung stehenden Arbeitsbrüder mit unseren Bestrebungen vertraut zu machen und sie in unsere Reihen einzugliedern.

Diese Arbeit müssen wir leisten in unserem eigenen Interesse — und wir wollen sie leisten; unser Entschluß steht fest. Es wäre Zeitvergeudung, ihn erst immer und immer wieder aufs neue zu fassen und darüber die — Ausführung, die Tat zu versäumen.

Auch die Sommerzeit dürfen wir nicht, wie es leider bislang vielerorts üblich war, tatenlos verstreichen lassen. Das gewerkschaftliche Leben muß rege gehalten werden.

Gewiß, manche Schwierigkeiten stellen sich dem entgegen. Schwierigkeiten und Hindernisse sind für den rechten Gewerkschaftler jedoch keine Unmöglichkeit. Als kluger Mann wird er mit ihnen rechnen und seine Anordnungen danach treffen. Wo ein Wille, da ist eben auch ein Weg. Total verkehrt wäre es, den schlechten Versammlungsbefuch etwa durch Ausfallentlassen der Mitgliederversammlungen in den Sommermonaten beheben zu wollen. Sehr empfehlenswert aber ist es, sich auf der nächsten Mitglieder-versammlung einmal allen Ernstes mit der Frage zu befassen: „Wie halten wir in unserer Ortsgruppe in den Sommermonaten das gewerkschaftliche Leben?“ Diese Frage wird naturgemäß je nach den Verhältnissen an den verschiedenen Orten auch verschieden zu beantworten sein. Wenn unsere Ortsvorstände und Vertrauensmänner sich aber vorher einmal eingehend mit der Sache beschäftigen, werden sie zu dem Resultate kommen, daß auch im Sommer ein regeres gewerkschaftliches Leben sehr wohl möglich ist, wie es bisher zu verzeichnen war. Zunächst heißt es, die Versammlungen den Zeit- und Ortsverhältnissen anpassen. Da die Kollegen mancherorts die Sonntagnachmittage zu Spaziergängen und Ausflügen ins Freie benützen werden, ist es selbstredend unnütz, gerade um diese Zeit eine Versammlung anzusetzen und dann den wenigen Anwesenden etwas vorzumauern über die Teilnahmslosigkeit der andern. Vernünftiger wäre es schon mit den Kollegen zu beraten, welche Zeit sich besser zur Abhaltung der Versammlungen eignen würde. Die ewigen Jeremiaden in den Versammlungen sind überhaupt von Uebel. Für unsere Mitgliederversammlungen muß Grundsat sein: 1. sie sollen pünktlich beginnen und zeitig schließen; 2. auch bei schwachem Besuch ist den Mitgliedern etwas Gebiegenes zu bieten, denn sie werden dadurch am ehesten bewegt, Freunde und Bekannte mitzubringen; 3. Zammerreden sind strengstens verboten, denn gerade damit vergällt man den wenigen treuen Versammlungsbefuchern schließlich nur die Lust am Wiederkommen.

Und nun die Hausagitation! Auch die darf in den Sommermonaten nicht eingestellt werden. Wochenlange Vorarbeiten dazu sind geleistet; die praktische Durchführung jedoch ist von manchen Ortsgruppen noch garnicht, von andern erst zögernd und zaghaft in Angriff genommen worden. Damit ist unserer Sache nicht gebiert. Das Begonnene muß jetzt einmal mit erster Ausdauer und zäher Energie durchgeführt, die Arbeit ganz getan werden. Nur dann wird ihr der erwartete Erfolg beschieden sein. Die Ausrede, man trifft die Leute jetzt Sonntagsnachmittags nicht mehr zu Hause, ist nicht stichhaltig. Da müssen eben die geeigneten Vormittagsstunden ausgenutzt werden. Unsere ideale Sache ist es doch sicherlich wert, daß wir ihr auch etwas von der eigenen Bequemlichkeit opfern.

Noch eine Reihe weiterer Aufgaben für unsere Sommerarbeit liegen sich hier eröffnen. In unserer Industrie herrscht Hochkonjunktur. Da heißt es, Mißstände beseitigen, Arbeits- und Lohnverhältnisse verbessern. Das ist die Zeit der Betriebs- und Werkstättenversammlungen, die Zeit, wo der einzelne Gewerkschaftler den einzelnen indifferenten Mitarbeiter durch Aufklärung für unsere Sache gewinnen kann. Und wie manchem unserer Kollegen ist gerade im Sommer, sei es gelegentlich eines Ausfluges, einer Fuß- oder Radtour, Gelegenheit geboten, in andern Orten Verbindungen anzuknüpfen, die für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes von großem Werte sind.

Der Sommer kann und muß also für die Ausbreitung unseres Verbandes ausgenutzt werden. Männer — und das sollen doch alle Gewerkschaftler sein — beugen sich nicht feige und träge unter die Tyrannei der Hindernisse und Schwierigkeiten. Der Gewerkschaftler weiß, daß er nicht um Sold für fremde Rechte oder Forderungen sacht. Nein, er kämpft für ein hohes ideales Ziel, für seinen Stand, für seine Familie, für sich selbst. Selbstverrat, Feigheit wäre es da, wo doch jeder Fußbreit Terrain in zähen Kämpfen errungen werden muß, feige der Ruhe zu pflegen. Darum rastlos vorwärts! Die Gewähr unseres Sieges ist Wille und Tat — „die große gesammelte Entschlossenheit“.

Das Kartellwesen in Deutschland.

III. Wirtschaftliche Bedeutung der Kartelle.

„Die Kartelle schaffen eine ganz neue Verfassung der Volkswirtschaft, eine gänzlich andere Machtverteilung auf dem Markte und zwischen den Gesellschaftsklassen, eine ganz neue Art der Preisbildung und Gewinn- resp. Einkommensverteilung, kurz wirtschaftliche Zustände, welche von den 1815 bis 1880 gewordenen schon jetzt verschieden sind und immer verschiedener werden.“ Diese Worte des bekannten Nationalökonom Schmöller, die i. J. 1905 gesprochen, auch heute noch Anspruch auf Geltung erheben können, beleuchten schlaglichtartig die heutige Bedeutung der Kartelle. In den angegebenen

Worten ist auch der historischen Entwicklung der Organisation unserer Volkswirtschaft gedacht.

Das Mittelalter hatte eine Gesetzgebung der Produktion. Das Angebot richtete sich genau nach der Nachfrage. Eine Überproduktion war zurzeit des Zunftwesens so wenig möglich wie eine schrankenlose Konkurrenz, die auf die Vernichtung des Konkurrenten ausging. Diese gesunde und unter den gegebenen Verhältnissen außerordentlich organisierte des Wirtschaftslebens wurde vernichtet durch die in die Praxis umgesetzte Lehre des wirtschaftlichen Liberalismus. Man nigtliche Ursachen im Wirtschaftsleben selbst begünstigten diesen Sieg. Die erste beruht auf dem technischen Fortschritt, der gegen Ende des 18. Jahrhunderts eingesetzt hat und die Produktionsmöglichkeiten vervielfachte, die zweite auf der Entwicklung, die unser Verkehrswesen genommen hat. — die Stadtwirtschaft erweiterte sich zur Volks- und Weltwirtschaft. Eine Produktionsstätte war nun nicht mehr auf der Abfab in der Stadt und deren Umgebung angewiesen, ihr Aktionsradius wurde die ganze Welt.

An und für sich war die Möglichkeit, den Markt zu übersehen, unter den neuen Verhältnissen naturgemäß viel schwieriger als unter den alten. Auch die Konkurrenz des Einzelnen wurde, da man als Mitbewerber auf dem großen Weltmarkt in die Schranken trat, heftiger, und bei den großen Anlagewerten gefährlicher. Wer diese Schwierigkeiten bebingen noch kein tatenloses Zuschauen und ein fatalistisches Ueber-sichergehenlassen der Gefahren. Die alte Wirtschaftsordnung hatte sich überlebt, den neuen Verhältnissen gegenüber war sie in ihrer alten Form nur hinderlich. Das hieß selbstverständlich nicht, daß man nun auf jede zwangsmäßige Regelung verzichten müsse. Die Anarchie der Produktion, die schrankenlose Konkurrenz wurde erst vom wirtschaftlichen Liberalismus zum Dogma erhoben, der an die Stelle des im Mittelalter auch im Wirtschaftsleben herrschenden Genossenschaftsprinzips den gefährlichen Individualismus setzte. An die Stelle der genossenschaftlichen Motive für das wirtschaftliche Handeln, bei denen ein gesundes Selbstinteresse natürlich mit abgeklärter Rücksicht auf den Egoismus gesetzt — das rücksichtslose, nur von finanziellen Zwangs- und Strafvorschriften gebremste Streben nach dem größten Gewinn. Der wirtschaftliche Liberalismus hatte die Lehre aufgestellt, daß beim Bestehen dieser Prinzipien der für die Volkswirtschaft denkbar beste Zustand erreicht werden würde; durch die schrankenlose Konkurrenz werde es jedesmal dem Tüchtigen gelingen, den weniger Tüchtigen zurückzubringen. Die Folgen dieser Lehren haben gezeigt, daß sie in ihren Schlußfolgerungen schwer gefehlt haben. Die schrankenlose Konkurrenz, die Anarchie der Produktion, bewirkten eine allgemeine und sich stets steigende Unsicherheit des Wirtschaftslebens — verheerende Krisen vernichteten die Arbeit von Jahrzehnten, warfen tausende von Arbeitern hrolos auf die Straße. Bei den Unternehmern zeigte es sich, daß nicht der Tüchtigere, sondern der Kapitalkräftigere siegte.

Unter solchen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß man auch auf Unternehmerseite allmählich an der allein seligmachenden Lehre des Liberalismus zu zweifeln begann und nach Mitteln und Wegen suchte, die verberbliche „schrankenlose Konkurrenz“ zu bannen. Und was lag da näher, als daß man bei dem Gedanken wieder anfing, den der Liberalismus so lange unterdrückt hatte? Die Entwicklung, die er gewaltsam unterbrochen hatte, wurde wieder aufgenommen. Der Gedanke des genossenschaftlichen Prinzips sollte in einer neuen, den Verhältnissen des heutigen Wirtschaftslebens angepaßten Form — den Kartellen — wieder zur Geltung kommen. Allerdings mit einem für die Beurteilung des ganzen maßgebenden Unterschiede. Die Zünfte waren öffentlich-rechtliche Zwangsorganisationen, welche den maßgebenden Stellen — dem Magistrat — durchaus unterlagen. Geziel diesem ein Beschluß nicht — erschienen ihm etwa die von der Zunft angelegten Preise dem Wohl der Allgemeinheit nicht förderlich — so konnte er die ihm gut scheinenden Zwangsvorschriften erlassen. Die Kartelle hingegen sind privatrechtliche Organisationen, auf die keine Obrigkeit — so lange sie nicht gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, einen Zwang ausüben kann.

Diese Erörterungen führen uns zu dem Punkt, der die Öffentlichkeit am meisten interessiert und bei ihr bei Beurteilung der Kartelle von ausschlaggebender Bedeutung ist — der Preispolitik der Kartelle. Bevor wir zu dieser übergehen, erscheint es notwendig, noch einige andere Momente zu berücksichtigen. Der dauernd gute Stand einer Volkswirtschaft ist in erster Linie davon abhängig, daß sie vor den schweren Erschütterungen, die wir Krisen nennen, bewahrt bleibt. Die schwersten Krisen nun waren die, welche durch ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage hervorgerufen worden sind. Es ist hier nicht der Platz, auf das Wesen der Krise, ihre verberblichen Folgen vor allem auch für die Arbeiterschaft einzugehen — den Kartellen aber ist es in den betr. Industrien zum großen Teil gelungen, die Produktionsrisiko ganz zu beseitigen. Das Mittel hierzu ist die Kontingentierung der Produktion. Hier haben sich die Kartelle unstrittig bewährt und Großes geleistet.

Die Kartelle müssen, sollen sie ihren Zweck erreichen, eine gewisse Monopolstellung einnehmen — ein Kartell ist nicht denkbar bei einer starken außenstehenden Konkurrenz. Jedes private Monopol birgt die Gefahr in sich, daß der Widerstreit zwischen dem Interesse des Monopolinhabers und der Allgemeinheit zugunsten des ersteren entschieden wird. Die Allgemeinheit hat ein Interesse daran, daß die Preise der kartellierten Industrie nicht höher sind, als sie durch die Marktlage bedingt werden. Der Monopolinhaber aber ist gar leicht

versucht, Preise zu verlangen, die darüber hinausgehen. Es liegt im Interesse einer Volkswirtschaft, daß der Betrieb eines Unternehmens einen entsprechenden Gewinn abwirft — er darf aber nicht so hoch werden, daß er nur noch in der Monopolstellung des betr. Unternehmens seine Erklärung findet. Ist das letztere der Fall, so kann die Volkswirtschaft schwer geschädigt werden. Das Kohlenyndikat liefert den wichtigsten Rohstoff, den jede Industrie, die unsere in besonderem Maße benötigt. Bei der Preisbildung jeder Art von Produkten muß natürlich der Preis der Rohstoffe berücksichtigt werden. Beeinträchtigt dieser den der produzierten Ware nun übermäßig, so erleidet diese — durch billiger arbeitende ausländische Konkurrenz oder Konsumrückgang — den schwersten Schaden. Kohlenyndikate bieten gerade in dieser Hinsicht besondere Gefahren. Man hat dem Kohlenyndikat — und wohl nicht mit Unrecht — schon des öfteren den Vorwurf gemacht, daß es bei seiner Preisbildung die Monopolstellung im weitestgehenden Maße sich zunutze gemacht hat; daß es insbesondere zu Zeiten fallender Konjunktur die Preise allzu lange in einer Höhe gehalten habe, die der so wie so schon schwer kämpfenden Industrie große Nachteile gebracht habe. Selbstverständlich leidet nicht nur die Industrie unter solchen Verhältnissen, sondern jeder Konsument überhaupt. Der Industrie ist ein Mittel gegeben, um sich der einseitigen Preisfestsetzung eines Verbandes zu entziehen — sie liquidiert sich ebenfalls und tritt nun dem Rohstoffverband als eine starke Vertretung der gesamten Industrie entgegen. Viele große Unternehmen haben auch noch andere Mittel ergriffen, um sich vom Kohlenyndikat unabhängig zu erhalten: sie haben selbst Bergwerke angekauft und fördern die zu ihrem Betrieb nötigen Kohlen selbst. Am schlimmsten jeder Art von Kartellen gegenüber steht der kleine Konsument da: der Kleingewerbetreibende, der Arbeiter, der Beamte. Ihnen allen bleibt nichts anderes übrig, als das Verlangte zu bezahlen, denn sie treten nicht als mächtiges geschlossenes Ganze dem Kartell gegenüber, sondern als Einzelne — und diese sind machtlos. Man könnte dem nun entgegenhalten, daß der Handel — durch dessen Vermittlung ja der Kleinkonsument seine Ware bezieht — schon ein genügend starkes Gegengewicht dem Kartell gegenüber biete. Das kann richtig sein, trifft aber gerade beim Kohlenhandel nicht zu. Das Kohlenyndikat hat es verstanden, den Kohlenhandel vollständig abhängig von sich zu gestalten. Der Kohlenhändler ist nur der Beauftragte des Syndikats. Gewiß haben wir Verbände, besonders in der Textilindustrie treffen wir solche — Händlervereinigungen — die den Produzenten eine starke Macht entgegenstellen können. Aber gerade bei den stärksten Rohstoffverbänden fehlt eine solche und damit ist der Kleinkonsument ganz der Willkür der Kartelle preisgegeben. Für die Arbeiter sind die Kartelle von doppelter Bedeutung — als Konsumenten haben sie die gleichen Nachteile von ihnen wie andere als solche unorganisierte. Als Verkäufer der „Ware“ Arbeitskraft aber partizipieren sie mit an den Vorteilen, welche die Kartelle für die Industrie bringen. Denn ein guter Stand dieser wird auch für ihre Lage nur günstig wirken. Daß die von den Kartellen erreichte Vermeidung von Krisen auch für den Arbeiter von Vorteil ist, bedarf hier keiner weiteren Beweisführung. Auf das Arbeitsverhältnis selbst haben sich ungünstige Folgen der Kartelle noch nicht bemerkbar gemacht, wenn auch gewisse Gefahren vorhanden sind, die in erster Linie in der engen Verbindung der Unternehmer unter sich beruhen. Bei dieser gewinnen gemeinsame Aktionen gegen die Arbeitererschaft als Ganzes oder gegen einzelne mißliebige Arbeiter erhöhte Bedeutung.

Die tatsächliche Monopolstellung der Kartelle bedeutet, wie wir schon angebeutet, eine Aufhebung der Gewerbe-freiheit. Dies zeigt sich nicht nur in der monopolistischen Preisbildung, sondern auch in der rücksichtslosen Verdrängung der außenstehenden Konkurrenz. Kein Mittel ist zu stark, um die Außenleiter zum Anschluß an das Kartell zu bewegen, oder zu ruinieren. Eins von beiden gelingt ihnen gewöhnlich. Hier werden manchmal Praktiken angewendet, die u. E. unbedingt gegen die guten Sitten verstoßen. Wir haben im Vorliegenden versucht, Vor- und Nachteile der Kartelle objektiv darzustellen. Eines tritt aus dieser Darstellung deutlich hervor: die Allgemeinheit kann den Kartellen gegenüber nicht gleichgültig sein; bei allen Vorteilen die sie bringen, haben alle Konsumenten, die gesamte Volkswirtschaft das größte Interesse daran, daß sie ihre Macht nicht mißbrauchen. Etwaigen Ausschüssen entgegenzutreten ist die Pflicht des Staates. Wie er dieser genügen kann, soll in einem letzten Artikel besprochen werden.

Hausagitation.

Mit Einstimmigkeit hat am 10. März die Bezirkskonferenz des 2. Bezirks (Wln) in einer Resolution den Willen bekundet, eine gut vorbereitete Hausagitation in allen Ortsgruppen systematisch durchzuführen. Da seit dem Beschlusse nun mehr als drei Monate ins Land gegangen sind, darf wohl die Frage aufgeworfen werden: Was ist geschehen, und welche Erfolge sind zu verzeichnen?

Es wird zutreffen, daß in fast allen Ortsgruppen die Hausagitation eingeleitet worden ist. In manchen Gruppen wird sie fort- resp. durchgeführt. Andere jedoch sind über den ersten Anfang nicht hinausgekommen. Die Kollegen trafen sich wie gewohnt. Da aber mancherorts nur wenige erschienen, nahm man das zum billigen Anlaß, gleichfalls nichts zu tun und heim zu gehen. Beim Glase Bier, bezw. in der Wohnung eines Kollegen läßt man dann Klage über mangelndes Interesse. Die Zeit ging hin. Die kostbare Zeit, die so recht hätte verwertet werden können, wozu sie bestimmt war. Warum führten die Kollegen ihren Vorles nicht aus; warum machten meistens sie sich nicht auf den Weg, um den einen oder anderen bekannten indifferenten Kollegen von der Notwendigkeit und den Erfolgen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu überzeugen, ihn als Mitglied, als Mitkämpfer zu gewinnen? Hier ist der Knoten, der endlich einmal durchgehauen werden muß. Anfang, Fortsetzung, Ausdauer führen allein zum Ziele, zu Erfolgen bei der Hausagitation. Wo diese Voraussetzungen vorhanden waren, sind auch Erfolge erzielt worden.

Im Orte St. machten 2 Kollegen an 2 Sonntagen 5 Neuaufnahmen. Im Orte Z. machten 4 Kollegen an 2 Sonntagen 7 Neuaufnahmen. Im Orte M. machten 8 Kollegen an 2 Sonntagen 12 Neuaufnahmen. Diese Resultate werden erzielt, trotzdem nach der Meinung mancher unserer Kollegen in den genannten Orten „nichts mehr zu machen“ sei. Die Sache hängt noch fortgesetzt werden, genügt aber vollumfänglich der Befriedigung der alten Wahrheit: Die Hausagitation ist die billigste und erfolgreichste Agitation. Der Ballast von Ausreden, die dagegen vorgebracht werden, verweisen vor den Resultaten wie Ballastland. Schönes Wetter — Familienausflüge — Schützenfeste — Kirnwiese —

und an hundert anderer solcher Dinge liegt ja gar nicht. Nur der unbefugte Wille zur Tat ist ausschlaggebend. Unser eigenes Interesse verlangt es doch, daß der Gleichgültigen zu verringern und unsere Reihen zu stärken. Wenn wirklich einmal sich unüberwindliche Hindernisse am Sonntage einstellen, so ist an Werktagen bei den festigen langen Abenden genügend Zeit und Gelegenheit, den indifferenten Arbeitskollegen zu fassen und eine Gewissensforschung mit ihm anzustellen. Also, es muß besser werden; die andauernd schlechte Beteiligung an der festgesetzten Hausagitation ist für die trennenden Kollegen nicht ermunternd. Der größte Teil unserer Mitglieder und Vertrauensmänner macht überhaupt nicht mit. Andere lassen sich einmal sehen und meinen dann für ein ganzes Jahr genug getan zu haben. Die jüngeren Kollegen äußern: „Die Hausagitation ist etwas für die älteren Kollegen.“ Und umgekehrt meinen diese: „Hausagitation sollen die jüngeren Kollegen machen.“ So gibt der eine dem andern ein schlechtes Beispiel. In manchen Ortsgruppen muß auch seitens der Vorstände mehr Initiative entwickelt werden. Mancher Vorstand handelt nach dem Schema: „Aufgeschoben — aufgehoben.“ — Auch in den Betrieben müssen sich die Kollegen gegenseitig mehr zur Teilnahme an der Hausagitation ermuntern und anerkennen.

Ein Uebelstand für unsere Bewegung an manchen Orten ist der Umstand, daß unsere beständigsten Kollegen sich auch in anderen Vereinen und Organisationen, wo sie sich betätigen, alle möglichen Arbeitsposten aufbürden lassen, während die unserer Bewegung indifferent gegenüberstehende Arbeiterschaft sich in der althergebrachten spießbürgerlichen Gleichgültigkeit und Trägheit sonnt. So macht man denn in allen Industrieorten Tag für Tag die Erfahrung, daß für die Durchführung unserer gewerkschaftlichen Aktionen die Kräfte, die wir uns herangezogen, nicht disponibel sind. Das kann auf die Dauer nicht so weiter gehen. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung muß darauf sehen, daß ihr nicht fortwährend die besten Kräfte durch Ueberhäufung mit anderen Arbeiten brach gelegt werden. Die Erklarung seiner Gewerkschaft ist auch für den Arbeiter nicht zuletzt eine Existenzfrage und er sollte deshalb auch die gewerkschaftliche Betätigung nicht an die dritte und letzte Stelle rücken, für die „keine Zeit“ mehr übrig bleibt.

Wenn Duisburg in Nr. 18 des Verbandsorgans mit berechtigtem Stolz berichten kann, daß 46 Kollegen an 3 Sonntagen 69 Neuaufnahmen in der Hausagitation machten, so könnten berartige Resultate an allen größeren Orten mit Leichtigkeit erzielt werden, wenn — der rechte agitatorische Geist mehr Allgemeingut aller unserer Vertrauensmänner würde. Wollten alle mitkommen, mitarbeiten, groß wäre die Zahl der Schrittmacher, groß und reich auf die Ernte. Solange aber unter der Kollegenschaft selbst die Laubheit in der Agitation nicht schwindet, solange der § 6 Abs. 1 unseres Statuts von den Mitgliedern nicht mehr beachtet wird, soll man nicht jammern über die Trägheit und Interesselosigkeit anderer. Diese kann gebannt werden, wenn in Zukunft wirkliche Hausagitation gemacht wird, wenn die Beteiligung an der Hausagitation eine allgemeine wird, wenn kein Kollege mehr auf halbem Wege umkehrt und seine Pflichtvernachlässigung mit der der anderen entschuldigt. Wir wollen vorwärts — darum gehen wir den Weg der Pflicht den Säumigen und Zaghaften voran. Sie werden uns schon folgen — und wenn nicht: „Nun, so haben wir wenigstens unsere Pflicht getan!“

Konferenz des Bezirks Südwestdeutschland

Am 12. Mai fand in Lütlingen unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt. Anwesend waren 31 Delegierte, die 22 Ortsgruppen und 3 Sektionen vertraten. Als Vertreter des Hauptverbandes war Verbandsvorsitzender Kollege Wieser anwesend. Der Bezirksleiter Kollege Gengler konnte sich deshalb in seinen mündlichen Erklärungen und Ergänzungen auf das Wichtigste beschränken. Die allgemeine Wirtschaftslage konnte als gut bezeichnet werden. Eine Ausnahme hiervon machte nur Schw. Gmünd, das Hüttenwerk Schussenried, wie einige Uhrenfabriken des bad. Schwarzwaldes. Die vorwiegend günstigen Konjunkturbedingungen gaben uns Gelegenheit, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Alle Bewegungen, die im Jahre 1911 beendet werden konnten, waren von einem Erfolg begleitet. Bei zwei Bewegungen war zur Durchsetzung der Forderungen ein Streik notwendig. Auf dem Gebiete der Tarifierung der Arbeitsverhältnisse war ebenfalls ein Fortschritt zu verzeichnen. 815 Mitglieder erzielten eine Lohn-erhöhung von zusammen 54 116,60 Mark oder pro Kopf 66,40 Mark. 175 Mitglieder erzielten eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 17 560 Stunden oder pro Kopf und Jahr rund 100 Stunden. Bei den Lohnbewegungen ist angesichts des Verhaltens der Gegner eine größere Vorsicht und Selbständigkeit notwendig. Falsch ist die vielfach bei Kollegen verbreitete Meinung, daß bei jeder Gelegenheit sofort zum Streik gegriffen werden müsse. Die Ergründungen, die auf friedlichem Wege erreicht werden, sind denen, die durch lange Streiks erkämpft werden müssen, meist entschieden vorzuziehen.

Notwendig ist auch, daß seitens der örtlichen Leitungen günstige Situationen bei Versammlungen, Bewegungen usw. besser ausgenutzt werden. Die Kleinarbeit und Hausagitation wurde nicht allwärts mit der notwendigen Entschiedenheit und Ausdauer durchgeführt. Der Jugendbeitragsklasse gehörten am 1. Januar 1912 erst 180 Mitglieder an. Auf diesem Gebiete kann und muß entschieden noch viel mehr geleistet werden. Die Mitgliederentwicklung des Bezirks mit einer Gegenüberstellung über die Stärke der gegnerischen sozialdemokratischen Organisation lag den Delegierten in Form einer statistischen Zusammenstellung vor.

Die Einnahmen der Zentrale aus dem Markenverkauf betragen 65 204,10 M. An Unterstützungen verausgabte die Zentralkasse die Summe von 18 682,17 Mark. Darunter für Streik und Nachregelung 2832,16 M., Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit 14 442,51 M. Die Lokalkassen wiesen einen Bestand von 4 415,16 M. auf. Letztere mehr zu stärken ist ebenfalls noch eine wichtige Aufgabe der Ortsgruppen, wie auch im allgemeinen auf eine bessere wöchent-liche Beitragszahlung zu dringen ist. Der Markenumschlag muß ein bedeutend besserer werden. Wenn einerseits eine regelrechte Auszahlung der Unterstützungen verlangt wird, so muß demgegenüber auch eine pünktliche Beitragszahlung plangreifen und durchgeführt werden. Es sind hier genau die Bestimmungen des Statuts einzuhalten.

Die Bezirksklasse hatte eine Einnahme von 11 175,80 M., eine Ausgabe von 11 323,55 M. Selbst, auch aus den Mitgliederkreisen heraus wurde kritisiert, daß manche Gruppen, darunter auch solche, denen in der Berichtsperiode die gute Wirksamkeit der Organisation in Gestalt von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zugute kam, es noch in der vollen

und pünktlichen Abführung der Bezirksbeiträge mangeln lassen. In unserem Bezirk sind in den letzten 2 Jahren mehr als 1/3 der Mitglieder in Lohnbewegungen gestanden, dieses Jahr ebenfalls schon wieder ein großer Teil. Durchweg waren Erfolge zu verzeichnen. Da sollte man über mangelnde Opferwilligkeit nicht mehr zu klagen haben. Was die „Genossen“ an denselben Orten können, muß auch uns möglich sein. Wenn da und dort die Verdienste nicht am besten sind, so liegt es meistens in erster Linie an der Arbeiterschaft selbst, die nicht den Mut hat, sich aufzuraffen zur gemeinsamen Standesarbeit.

Kollege Ruhn-Borzhelm hielt nach dem Bezirksbericht ein instruktives Referat über das in den Ortsgruppen in den letzten Jahren: Gewünscht wurde eine genaue Eintragung der Einnahmen und Ausgaben, Kontrolle der Beitragszahlung, pünktliches Abliefern der Gelder von Vertrauensleuten, sofortige Abrechnung nach Schluß des Quartals. An letzterem lassen es gerade die kleinsten Gruppen des Bezirks mangeln, wo doch die Arbeit keine sehr schwierige ist. Weiter wird eine genaue Ausfüllung der Abrechnungslisten an die Zentrale gewünscht. Die Tätigkeitsberichte an die Bezirksleitung sind oft sehr oberflächlich ausgefüllt. Die Kassierer mögen bei ihrem Abschluß und ihrer Berichterstattung jeweils auch den Vertriebsbogen des vorhergehenden Quartals zum Vergleiche heranziehen.

Ueber unsere nächsten Aufgaben in der Agitation referierte sodann Bezirksleiter Kollege Gengler. Die Delegierten mögen dafür sorgen, daß diese Ausführungen in ihren Mitgliederversammlungen eingehend besprochen und nach den angegebenen Richtlinien gehandelt wird. Zu diesem Punkt gelangte folgende Resolution zur Annahme:

I. Allgemeine Agitation.

Die Durchführung einer einheitlichen und systematischen Hausagitation ist das geeignetste Mittel zur Stärkung unseres Verbandes. Da es im Jahre 1911 an einer planmäßigen Durchführung der Hausagitation gemangelt hat, verpflichtet die Konferenz des Bezirks Südwestdeutschland sämtliche Bezirksstellen des Bezirks im Rahmen der von der Bezirksleitung und im Jahrbuch der christl. Gewerkschaften 1912 gegebenen Anweisungen die Vorbereitungen zu einer solchen Hausagitation sofort in die Wege zu leiten. Mit spätestens 1. Juni muß die Werbearbeit auf der ganzen Linie im Gange sein.

Ueber die Resultate dieser Tätigkeit, wie Beteiligung der Mitglieder, Zahl der besuchten Unorganisierten, Aufnahmen durch die Hausagitation usw., haben die Bezirksstellen vorliegenden mittels des von der Bezirksleitung herausgegebenen Fragebogens Bericht zu erstatten. Die Einbringung der Berichte hat erstmalig bis zum 1. August 1912 und dann fortlaufend jedesmal mit der Einbringung der vierteljährlichen Tätigkeitsberichte zu erfolgen. Die Ergebnisse sind vom Bezirksleiter zu sammeln, evtl. zu veröffentlichen. Auf der nächsten Bezirkskonferenz ist hierüber Bericht zu erstatten.

II. Agitation unter den Jugendlichen.

Die Konferenz des Bezirks Südwestdeutschland legt denjenigen Verwaltungsstellen und Sektionen, die in der Organisation der Jugend noch keine oder geringe Resultate aufzuweisen haben, die Verpflichtung auf, die Agitation unter den Jugendlichen unverzüglich aufzunehmen und nachdrücklich durchzuführen. Ueber die Ergebnisse dieser Tätigkeit ist der nächsten Konferenz Bericht zu geben.

Die Diskussion über die einzelnen Punkte seitens der Delegierten war eine sehr rege. Es kam allgemein zum Ausdruck, daß jetzt in der Periode der Aufwärtsentwicklung unseres Wirtschaftslebens alle Kräfte angestrengt werden müssen, um unsern Verband voran zu bringen. Daran ist jeder Kollege interessiert. Denn nur dann, wenn wir stark und kräftig voranschreiten, wird es uns möglich sein, Erfolge auf materiellem und ideellem Gebiete für die Arbeiterschaft herauszuholen. Daß wir im Hinblick auf die gegenwärtige Situation in der Metallindustrie, wo in der Zukunft noch die größten Kämpfe ausgetobt werden, auch unsern Verband nach der finanziellen Seite stärken müssen, unterliegt keinem Zweifel.

Das Schlusswort sprach unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieser. Er sprach seine Befriedigung darüber aus, daß auf der Konferenz in den Kollegentreifen ein Geist des Vorwärtstrebens, zur Arbeit zu verzeichnen sei. Der christliche Metallarbeiterverband hat auch in Bezirk Südwestdeutschland gezeigt, daß er es versteht, für die Interessen der Metallarbeitererschaft einzutreten. Aus dem Bergangenen soll man lernen. Wenn jeder seine volle und ganze Kraft einsetzt, dann wird unsere Bewegung in der Zukunft noch größere Fortschritte zu verzeichnen haben. Daran sind die Kollegen in ihrem eigenen Interesse interessiert. Darum auf zu positiver Arbeit. Beharrender Beifall folgte seinen begeisterten Ausführungen.

Für die Kollegen des Bezirks gilt es nun, ihrerseits die Nutzenanwendung aus dem Gehörten zu ziehen. Die Vorbereitungen zur Durchführung der Agitation müssen jetzt sofort in die Hand genommen werden. Die gute Wirtschaftsentwicklung muß uns nach innen und nach außen voran bringen. Der nächste Bericht von Bezirk und Gruppen muß einen Fortschritt auf der ganzen Linie konstatieren können. Frisch an die Arbeit — die Tat soll es beweisen.

Zur Generalversammlung.

Unsere Generalversammlung in Dortmund wird sich wohl in der Hauptsache mit einer Beitragsserhöhung befassen müssen, denn unsere Abrechnung kann keinen Gewerkschaftler befriedigen. Es müssen unbedingt mehr Reserven angesammelt werden, damit das Verbandsvermögen von Jahr zu Jahr auch entsprechend der Mitgliederzahl steigt. Die vorige Generalversammlung in Duisburg hat ja keine Beitragsserhöhung gebracht, obwohl es damals schon sehr angebracht gewesen wäre. Hoffentlich macht unsere Generalversammlung in diesem Jahre ganze Arbeit und erhöht den Beitrag um 10 Pf. in allen Klassen. Des weiteren möchte ich vorschlagen, die Prozente fallen zu lassen und den Beitrag ganz an die Zentrale abzuführen. Die Bezirksbeiträge müßten dann für die Ortsverwaltungen in Wegfall kommen und die Kosten von der Zentrale übernommen werden. Zur Begründung möchte ich anführen:

1. Die kleineren Ortsgruppen und Bezirksstellen müßten dann unbedingt einen Lokalaufschlag einführen, um die örtlichen Verwaltungs- und Agitationskosten zu decken. Dazu sind heute noch viele Bezirksstellen nicht zu bewegen, weil sie Geld genug an den Prozenten haben.
2. Die Abrechnung würde sich viel einfacher gestalten, die Kassierer würden dadurch entlastet und hätten wieder mehr Zeit, sich in der Agitation zu betätigen.
3. Die Bezirksleiter hätten keine Kassengeschäfte zu führen; dieselben müssen jetzt viel Zeit darauf verwenden, sehr oft noch Mahnbriefe schreiben usw. Dadurch wäre es denselben möglich ihre großen Bezirke besser zu kontrollieren und die nötigen Anweisungen zu geben für ein planmäßiges Arbeiten in den einzelnen Bezirksstellen.

Die Delegiertenbeiträge von 10 Wfg. pro Quartal könnten beibehalten werden, müßten aber den Ortsgruppen für die Sozialkasse verbleiben. Es könnte der Kartellbeitrag damit bestritten werden. Die Unterstufungen dürfen meines Erachtens nicht erhöht werden, weil dieselben ausreichend sind. Vielleicht wäre es angebracht, unseren Kollegen, die zu einer militärischen Übung einberufen werden, eine Unterstufung zukommen zu lassen. Den Vergleich, den Kollege F. S., Nachen in Nr. 16 mit der Krankenkasse angestellt hat, hinkt gewaltig und wird sich auch wohl nicht ernsthaft vertreten lassen. Wenn sich jetzt noch wenige Mitglieder der 90 Wfg.-Klasse anschließen, so wird auch eine stärkere Agitation dafür nichts nützen, wenn die Leistungen bei Streiks und Arbeitslosigkeit auf die der 90 Wfg.-Klasse gestützt würden. Der Durchschnittsbeitrag in der Krankengeldzuschußklasse für die 1. Abteilung (Metallarbeiter) beträgt nicht 50 Wfg., sondern bloß 40 Wfg., wofür ein Krankengeld von 9,97 M. pro Woche gezahlt wird, und zwar nach 13 Wochen Karenzzeit. Dieses Krankengeld kann für einen Kollegen in der 90 Wfg.-Klasse erst nach 9 Jahren gezahlt werden; dieses muß unbedingt berücksichtigt werden. Damit fallen auch die Schlussfolgerungen des Kollegen. Dann muß ich mich kurz mit dem Schwarzwälder Kollegen in Nr. 19 befassen. Die lieben Schwarzwälder malen aber doch zu schwarz; jedenfalls bringt das der Name mit sich. So schlecht sind die Verhältnisse nun doch nicht. Der Durchschnittslohn beträgt nach seinen Angaben rund 3,87 M.; diesen Lohnsatz findet man auch in den Industriezentren und viele Kollegen mit dem Verdienste zahlen hier ihre hohen Beiträge (15 bis 20 Wfg. Sozialzuschlag). Was in den Industriezentren unseren Kollegen möglich ist, wird unsern Schwarzwäldern auch bei gutem Willen gelingen. Niemand wird wohl behaupten, daß es sich hier billiger lebt als im schönen Schwarzwald.

Meinen Vorschlag möchte ich kurz dahin zusammenfassen: 1. 10 Wfg. Beitragserhöhung für alle Klassen; 2. den Beitrag ganz an die Zentrale abführen; 3. keine Erhöhung der Unterstufungen.

Manchem Kassierer wird dieser Vorschlag wohl etwas stark sein, aber wenn er die Kassenverhältnisse genau prüft, so wird sich die Durchführbarkeit wohl ganz gut erwidern lassen. Hier in Düsseldorf ist es nach den Abrechnungen des letzten Jahres möglich ohne weitere Beitragserhöhung für die Kollegen. Sorgen wir auf unserer Generalversammlung dafür, daß wir einen starken Kriegsschlag bekommen. Und zu Ruh, unsern Gegnern zum Truß! Ernst Giesen-Düsseldorf.

Zu dem in Nr. 19 des Verhandlungsorgans erschienenen Artikel eines engeren Landmannes Fr. Jos. S., in Wöhrenbach über die Verhältnisse der Schwarzwälder Uhrenarbeiterschaft gestatte ich mir auch einiges zu bemerken. Zunächst muß ich sagen, daß wir hier einen wesentlichen Unterschied machen müssen zwischen der Uhrenindustrie auf dem badischen und dem württembergischen Schwarzwald. Erstere hat in den letzten Jahren im allgemeinen eine Stagnation, teilweise einen Rückgang zu verzeichnen. Die Werke sind, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, weniger kapitalkräftig. Hauptächlich sind es kleinere und mittelgroße Betriebe. In Fortwangen sind in den letzten Jahren Betriebsstellungen erfolgt. Woher diese Stagnation und der Rückgang kommen, ist mir nicht ganz erklärlich. Meines Erachtens liegt eines der Hauptübel in der scharfen Konkurrenz, teilweise Schmutzkonkurrenz der Unternehmer untereinander. Das Solidaritätsgefühl kennen sie in der Hauptsache nur, wenn es gegen die Bestrebungen der Arbeiter geht. Weiter scheint auch, daß der in unserer Schwarzwälder Arbeiterschaft grassierende Geist des Pessimismus, der stumpfen Verzweiflung, sich auch bereits des Unternehmensgeistes der Arbeitgeber bemächtigt hat.

Das Gegenstück sehen wir in der württembergischen Schwefelindustrie. Hier eine starke Entwicklung zum kapitalkräftigen Großbetrieb mit teilweise mehreren Tausenden von beschäftigten Arbeitern. Schramberg und Schwenningen sind hier die Industriezentren. Diese Industrie ist leistungsfähig, kann auch ihre Arbeiter besser entlohnen. Wenn es nun hier nicht bedeutend besser aussieht, so liegt die Schuld in erster Linie an der Arbeiterschaft selbst. Mit etwas mehr Energie und Opferwilligkeit, Befreiung vom Egoismus, dem nicht nur Einzelpersonen, sondern sogar ganze Berufsgruppen anhängen, wären unbedingt andere Verhältnisse zu schaffen. Ich brauche in letzterer Beziehung nur an das Verhalten bei, allerdings sozialdemokratisch organisierten Mechaniker in Schramberg zu erinnern. Diesen sollte auch einmal von ihrer Leitung gesagt werden, daß es recht unbrüderlich ist, stets an die eigene kleine Gruppe zu denken und nur für sich Vorteile vielfach nur auf Kosten anderer größerer Gruppen herauszuholen. Diese Kategorien lassen sich, wenn ihr Egoismus mit einigen Groschen abgepeist und befriedigt ist, ruhig zum Keilreiber und Trüder gegen die große Masse der Arbeiterschaft gebrauchen. Ich bin fest überzeugt, daß Bezirks- und Zentralleitung unseres Verbandes eine solche unsozialistische Haltung, wenn sie in unseren Kollegentreifen grassierte, energisch bekämpfen würden. Ich resumiere deshalb meine Auffassung über die Verhältnisse der württembergischen Uhrenindustrie dahin, daß es auf Grund der Leistungsfähigkeit der konzentrierten Industrie der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft möglich wäre, eine wesentliche Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Vorbedingung ist nur, daß diese Arbeiter sich aufrufen und energisch und planmäßig die Agitation zur Stärkung unseres Verbandes in die Hand nehmen. Wir Schwarzwälder lassen oft zu viel die Widerstände auf uns einwirken. Die vorhergezeichneten Umstände müssen wir einmal in aller Deffentlichkeit rücksichtslos einer Kritik unterziehen. Nur so kann hier eine Gesundung der Verhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft herbeigeführt werden. An dem bestehenden Zustand sind die Arbeiter in ihrer Gesamtheit selbst schuld.

Noch ein kurzes Wort zu dem von Kollegen S. angeschnittenen Zentralisationsgedanken. Es ist der Meinung, daß dieser Gedanke in unserm früheren Verband Schwarzwälder Uhrenarbeiter zu früh zum Durchbruch gekommen ist. Ich will nicht sagen, daß dieser erste Organisationsversuch ein Fehler war. Jedoch zeigte es sich überall, daß solche beschränkte lokale Organisationen einen Zug ins Kleinliche haben. Man beurteilt die jeweiligen Situationen nur von dem engen lokalen Gesichtskreis. Daher der Glaube, mit niedrigen Beiträgen wäre es möglich, vorwärts zu kommen. Dabei übersieht man gleich, daß damit schon die Tätigkeit der Organisation gehemmt ist. Wir sind dann nicht leistungsfähig. Damit wäre uns jede Zugkraft genommen, denn nur der Erfolg zieht an. Vielleicht hat gerade die bei uns gezeitigte erste Organisationsentwicklung diesen Nachteil für uns gehabt. Wir sind zuviel Kleingeist geworden. Dieser Kleingeist, beeinflusst von dem unter unseren Arbeitskollegen vorherrschenden Mißtrauen gegeneinander, gepaart bei vielen mit falschem Egoismus, hat meiner Meinung nach diesen niederdrückenden Pessimismus in unsern Arbeitern auf dem Schwarzwalde erzeugt. Warum haben die Gegenden,

wo der Zentralorganisation keine andere voranging, solche Stimmungen nicht aufzuweisen? Und dann die weitere Frage: Wäre es uns Uhrenarbeitern allein durch eigene Kraft möglich, uns durchzusetzen? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Es kann noch für uns Schwarzwälder der Zeitpunkt kommen, wo wir nicht der gehende, sondern im Verband der nehmende Teil sind. Ohne einen Kampf brauchen wir schon heute, durch die geschwächte Lebenshaltung bedingt, prozentual hohe Unterstufungssummen. Das beweisen die Abrechnungen im Verbandsorgan.

Ohne Zweifel haben wir im badischen Teil sehr ungünstige Verhältnisse in Industrie, Erwerb und Lebenshaltung. Ohne Zweifel könnten wir aber durch stärkere Beteiligung am Organisationsleben sehr viel zur Verbesserung der Verhältnisse tun. Der Industrie selbst haben wir wiederholt unsere Mitarbeit zur Wiederbelebung angetragen. Sorgen wir dafür, daß unser Resonanzboden ein größerer wird. Ob und inwieweit die Generalversammlung für uns auf den Höhen des Schwarzwaldes in der Beitragsfrage eine Ausnahme machen kann, ist mir noch nicht klar. Von der Gesamtorganisation können wir aber nicht verlangen, daß sie wegen einer kleinen Gruppe, wie wir es sind, die unbedingt notwendige finanzielle Stärkung unterlassen soll. Den Schaden hätten wir am letzten Ende selbst.

Aus dem Industriegebiet Hagen-Schwelm

Die Geschäftslage der hiesigen Industrie ist zurzeit wieder außerordentlich günstig. Am treffendsten wird dieses bewiesen durch den Mangel an Arbeitskräften einerseits, — besonders an gelernten — und durch die Steigerung der Unternehmergewinne andererseits. Geradezu glänzend hat im letzten Geschäftsjahre vor allen anderen Werken die Akkumulatorenfabrik A.-G. Hagen-Berlin abgemittelt. Mit 8 Millionen Mark Aktienkapital wirtschaftete die Gesellschaft einen Reingewinn von 3 051 560 Mark heraus gegen 1 645 229 M. im Vorjahre. Während der Umsatz nur um 15% gesteigert wurde, betrug die Gewinnsteigerung ca 50%. Selbst den Aktionären ist dieser reichliche Dividendensegen „auffällig“ geworden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats konnte indes die beruhigende Mitteilung machen, daß alles „mit rechten Dingen zugegangen“ sei. In der enormen Gewinnsteigerung schließt sich eine Kritik für die Aussichten des Werkes ein. Zu wünschen wäre nun, daß auch die Arbeiterschaft des Akkumulatorenwerkes von der guten Konjunktur etwas zu verspüren bekomme. In etwa hat man ja bei der Gewinnverteilung an sie gedacht, indem jeder Arbeiter 10% seines Jahresverdienstes als „Gratifikation“ ausbezahlt erhielt.

Die Deutsche Maschinenfabrik Wetter-Duisburg steigerte den Bruttogewinn von 1 888 825 M. auf 2 023 479 Mark. Zur Verteilung gelangen 6% Dividende gegenüber 4% im Vorjahre. Das Kaiser Eisen- und Stahlwerk wird 12% Dividende ausschütten, während es 1910/11 nur 10% waren. Die Halper Eisengießerei (vorm. Freitag) hatte eine Gewinnsteigerung von 10 394 M. auf 15 609 M. zu verbuchen. Fast durchweg wird von den „besten Aussichten“ für das neue Geschäftsjahr berichtet.

Im Interesse der Arbeiter ist es sicherlich zu begrüßen, daß der Beschäftigungsgrad heute ein so guter ist; denn gerade die letzte Krise hat für die hiesigen Arbeiter schwere Nachteile gebracht. Veruchten diese doch bekanntlich 1909 und 1910 Wägige hintanzuhalten und gaben damit dem Arbeitgeberverein den Anlaß zur Ausperrung. Auch heute noch wehrt man sich teilweise ganz entschieden, Lohnverbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen, obgleich doch die Lage der Industrie und Konjunktur die Arbeit dazu berechtigt, gesunde wirtschaftliche Verhältnisse zu fordern. Bei einigen Firmen müssen die Arbeiter sich gegenwärtig gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wehren. Die Firma Vogel & Schemann nahm noch unlängst einen Abzug vor. Bei der Firma Harlort (Schöntagwerk) in Wetter kam es zu einem wilden Streik, weil die Firma den Walzern ungenügende Lohnsätze anbot. Die Firma Eiden & Co. verfügte kürzlich für die Drahtzieher der „Insel“, daß die Nachschicht des Sonntags morgens bis 6 Uhr zu arbeiten hätte, während es vorher gestattet war, einige Stunden eher Schlaf zu machen. Die Arbeiter der Firma Krämer & Freund stehen seit 5 Wochen bereits im Streik, um sich bessere Lohnverhältnisse zu schaffen. Der Inhaber der Firma hat den Arbeitern erklärt, wohl könne er die eingereichten Forderungen bewilligen, aber er tue es nun mal nicht. Anstatt den einheimischen Arbeitern entgegen zu kommen, werden von auswärts „Ferberleute“ herangeholt, die nicht nur dasjenige erhalten, was die streikenden Kollegen fordern, sondern noch mehr. Wie sich die Firma Krämer u. Freund eigentlich das so oft gewünschte „gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorstellt, mag der Kunde wissen. Hoffentlich sorgt aber die gesamte Arbeiterschaft des hiesigen Bezirks dafür, daß solche Firmen zu der Erkenntnis kommen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen.

In den letzten Monaten wird seitens der Arbeitgeber versucht, die Arbeiter den gelben Werkereinen zuzuführen. Gratis wird allwöchentlich in Tausenden von Exemplaren der „Werkerein“ versandt; allerdings vermag dieses gelbe Papier der Sperlingsgale hier keine Vegetierung für die gelbe Sumpfpflanze zu werden. Die Drahtzieher der Gelben annten den hiesigen Arbeitern etwas zu viel zu; denn Arbeiter, die 1910 in wochenlangem Ringen ihr Gemeinheitsgefühl öffentlich dokumentiert haben, empfinden es als eine Schmach, wenn man versucht, sie für eine Bewegung zu gewinnen, an die sich allenfalls Sklottenseelen neigen. Zweifelloß wäre es besser, wenn jene Werte, die sich so sehr für die Gelben ins Zeug legen, mal Umschau in ihren Betrieben halten und bessere Verhältnisse schaffen wollten. Eine uns bekannte Firma sandte unlängst über 140 Mark an die Gelben, um die Abonnementgebühren für den „Werkerein“ zu begleichen. Ohne Zweifel wären die 140 Mark besser verwandt sein, wenn man sie den gering entlohnten Arbeitern überweisen hätte.

Die Hagen-Schwelmer Arbeiterschaft wird die beste Antwort auf jene Versuche der Gelben geben, wenn sie mit Energie für den Ausbau der Organisation eintritt. Leider muß gesagt werden: zum Teil sind die Arbeiter selbst schuld daran, daß heute noch recht oft ungesunde Zustände herrschen. Vor zwei Jahren, als 20 000 Mann aufs Pflaster flogen, wurde hoch und heilig versprochen, jetzt aber dem Arbeitgeberverein eine straff organisierte Arbeiterschaft entgegen zu stellen. Tausende sind ihrem Versprechen nachgekommen. Viele leben aber heute genau in derselben Gleichgültigkeit wie 1910. Nicht nur das! Wer erinnert sich nicht jener „Kämpfer“, die erst dem Verbande die Unterstützung entzogen und dann ihren Austritt erklärten. Wir nennen nur die Namen Gurba, Neuhauk, Neukath, Franz Stephan, Hagmöder, Weber und neuerdings Herr

Paul Tomaszewski. Letzterer erhielt im Vorjahre sage und schreibe 120 Mark ausbezahlt und dann auf einmal hier es: „Der Verband hat keinen Zweck.“ Vielleicht kommt die Zeit jenen Leuten zu früh, wo ihnen die Augen geöffnet werden. Die standesbewusste Arbeiterschaft wird sich durch das beschämende Verhalten solcher Arbeiter nicht beirren lassen. Die letzten Jahre haben uns einen guten Schritt voran gebracht. Wie bisher, so werden wir auch in Zukunft daran arbeiten, daß gesunde wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen werden. Darum, Kollegen von Hagen, nutzt die Zeit! Stärkt den christlichen Metallarbeiterverband.

Aus der Arbeiterbewegung.

Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften.

Ein evangelischer Kollege aus Süddeutschland schreibt uns: Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der württembergischen und badischen Arbeitervereine, bringt von Hirsch-Dunderscher Seite einen Artikel, der im Ziel die Befürwortung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften durch die evangelischen Arbeitervereine ausbleiben soll. Natürlich geht's dabei nicht ohne eine Verdächtigung der christlich-nationalen Gewerkschaften ab; diese wären nicht neutral, wohl aber die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, und deshalb seien sie auch allein würdig, von den evangelischen Arbeitervereinsmitgliedern beim Anschluß an eine Gewerkschaft bevorzugt zu werden.

Gerade zur rechten Zeit wird aber diese „Neutralität“ so recht wieder gekennzeichnet im Organ des „Ausbreitungsverbandes der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Mitteldeutschlands“, dem „Mitteldeutschen Kurier“ Nr. 13 (1912). Das Blatt, welches von dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftensekretär Münz verantwortl. gezeichnet wird, veröffentlicht einen Artikel, dem wir über die Geistlichkeit unserer christlichen Konfessionen folgende Stellen entnehmen:

„Einem denkenden Menschen ist der Pfaffe noch niemals heilig gewesen, weil eben im pfäffischen Wesen das gerade Gegenteil des Berechnungswürdigen liegt. Daß einem der Pfaffe heilig sein soll, kann man eigentlich nur einem Sbioten zumuten, der Priesterrod und Wäffchen anbetet, unbekümmert um den, der beide trägt. Das war im Mittelalter allerdings so, und daraus erklärt sich auch die zitierte Anschauung der Sehnuchtpolitiker, die nach rückwärts schauen.“

Schlimmer kann die sog. „freie“ Gewerkschaftspresse auch nicht mehr in ihrer sozialdemokratischen Art über die christliche Geistlichkeit herziehen, wie das offiziell von diesem Hirsch-Dunderschen Blatte geschieht. Das Nachwort geht aber in der Herabsetzung eines ehrenwerten Standes noch weiter. Es heißt da:

„Der Pfaffen soll es aber leider in der Welt nicht wenige geben — ob auch bei uns in deutschen Landen? — Wenn ich einmal der Berggott wär, — Mein erstes wäre das: — Ich nähme alle Pfaffen her — Und machte daraus Gas; — Mit diesem Gas erleuchtet' ich — Das ganze Firmament. — Dann wär's mit aller Finsternis — Auf dieser Welt zu End!“

Das ist der „gute Ton“ in der offiziellen Hirsch-Dunderschen Presse. Wenn anderen Leuten in hellem Unwillen über das, was sagen wir — Gebären diesen Herren die Feder einmal ausgleitet, dann beschmerzen sie sich gleich und verkriechen sich hinter die „Neutralität“. Sie wollen geehrt sein und mit Hochachtung behandelt werden, glauben aber selbst auf Christentum und Geistlichkeit ihre „Dreckshänder“ richten zu können. Die evangelischen Arbeitervereine werden es sich gewiß hundertmal überlegen, ob sie diese Gewerkschaftsbewegung ihren Mitgliedern empfehlen sollen. Dazu wird die oben zitierte jüngste Neutralitätsprobe aus einem offiziellen Hirsch-Dunderschen Organ schon das ihre beitragen. Die auftretende christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung steht auch übrigens einem evangelischen Manne viel näher. Dort kann er seine wirtschaftlichen Interessen mindestens mit dem Nachdruck vertreten, wie in der stagnierenden Hirsch-Dunderschen Bewegung und braucht dort obendrein seine Weltanschauung und christliche Gesinnung nicht verspotten und begeißeln zu lassen.

Der Mitgliederchwund im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband

hat infolge des so schmählich beendeten Streiks im Ruhrgebiet einen derartigen Umfang angenommen, daß es der Verband gar nicht einmal wagt, in der üblichen Zusammenstellung im Aprilheft des „Reichsarbeitsblatts“ seine Mitgliederzahl vom Schlusse des 1. Vierteljahres 1912 anzugeben. Dieser große Mitgliederverlust ist verständlich. Tausende von Bergarbeitern nebst deren Familien sind durch den streikenden Streik in Not und Elend gestürzt worden. Zu dem erheblichen Lohnausfall, der erst in diesem Monat recht in die Erscheinung tritt, und zu dem Einhalten der 6 Kontraktbruchschichten kommt bei manchem Bergmann noch hinzu, daß er infolge des Streiks gemächelt und arbeitslos geworden ist. Infolge der sozialdemokratischen Verheerung haben dann Hunderte und abermals Hunderte von Bergleuten sich zu Ausschreitungen beim Streik hinziehen lassen, die sie jetzt auf Monate hinaus in Gefängnis haken müssen. Die Schürer und Heher aber, die eigentlichen Schuldigen, hielten sich im Hintergrund und waren nicht zu fassen. Es kann daher nicht ausbleiben, daß immer mehr Bergarbeiter die Augen aufheben über das arbeiterschädigende Vorgehen der Genossen beim Streik, und daß die Mitglieder scharenweise dem sozialdemokratischen Verbände der Rücken kehren. Diese Tatsache läßt sich durch alle Lügennotizen der roten Presse nicht aus der Welt schaffen.

Eine grobe sozialdemokratische Tendenzlüge.

Unter dem sensationellen Titel: „Revolverchristen“, „Rordgrößen“, oder „Christliche Streikbrecher als Arbeitermörder“ lief kürzlich eine Notiz durch die sozialdemokratische Presse, worin erzählt wird, beim Malerkreis in Biriich habe ein „christlicher Streikbrecher“ einen streikenden Sozialdemokraten ohne jeden Grund nachlings über den Haufen geschossen. Hier der wahre Sachverhalt: An dem erwähnten, von sozialdemokratischer Seite einseitig inszenierten Streik im Biriicher Malergewerbe konnten sich die christlich organisierten Kollegen nicht beteiligen, weil die Sozialdemokraten Forderungen aufgestellt hatten — so erstrebten sie z. B. ein sozialdemokratisches Monopol im Arbeitsnachweis —, die auf eine Unterdrückung der christlichen Organisation hinausliefen. Die streikenden Genossen organisierten dann regelrechte Terroristensolonnen, die die weiterarbeitenden christlichen Gehilfen malkartierten, überfielen und in mehr wie 40 Fällen in roher Weise tätlich mißhandelten. Am 15. April drangen drei Streikende unter Anführung eines Genossen W b l e r, eines noch jungen, aber schon mehrfach vorbestraften Menschen, in eine abgeschlossene Wohnung

auf dem ersten Stock eines Hauses ein, wo die christlichen... auf dem ersten Stock eines Hauses ein, wo die christlichen... auf dem ersten Stock eines Hauses ein, wo die christlichen...

Nach dem Lärm kam Kaiser herbei, der im Korridor gearbeitet hatte. Sofort stürzte sich Wybler auf Kaiser los, der ihn nach einigen Mißhandlungen wegstoßen konnte. Nun drohte Kaiser mit dem Revolver, falls Wybler sich nicht entferne. Wybler glug netherdings auf Kaiser los, der ihm den Revolver entgegenhielt. Wybler erfaßte die Hand Kaisers mit dem Revolver und drückte sie hinunter, wobei der Schuß unbeabsichtigt losging, der leider Wybler traf und nach einigen Tagen den Tod desselben zur Folge hatte. Dies die Darstellung von Wybler selber im amtlichen Bericht.

Der im höchsten Grade bedauerliche Vorgang fällt mithin allein den sozialdemokratischen Terroristen zur Last. Die sozialdemokratische Presse läßt, wenn sie behauptet, Kaiser habe menschenlind aus dem Hinterhalt, versteckt hinter der Türe des Nebenzimmers (Sozialdemokratische „Gewerkschaftliche Rundschau“ der Schweiz, Nr. 4/1912), den Schuß auf Wybler abgegeben. Zuerst verüben die Anhänger der Sozialdemokratie den brutalsten Terrorismus und dann tun sie auch noch der Wahrheit Gewalt an, um sich von den begangenen Verbrechen reinzuwaschen.

Rundschau.

Ein 55jähriger Bauklempler, der fast 22 Jahre bei einem Kölner Handwerksmeister beschäftigt war, klagte am Gewerbegericht wegen kündigungsloser Entlassung, und das kam so. Der Meister beauftragte den 55jährigen Gesellen, eine Ueberhängearbeit an einem Tache auszuführen. Der Geselle antwortete, daß er bei dem Meister alt und grau geworden sei und in den 21 1/2 Jahren stets Klemplerarbeiten verrichtet habe; die jetzt übertragene Dachdeckerarbeit möge der Meister einen jüngeren Gesellen ausführen lassen. Der Meister, über diese Antwort erbost, entließ den Gesellen auf der Stelle und dieser klagte am Gewerbegericht auf Zahlung von 621 M. Entschädigung für den Tag der Entlassung. Der Vorsitzende bemerkte, daß ihm ein solch trauriger Fall am Gewerbegericht noch nicht vorgekommen sei. Der Geselle verwies darauf, daß er in seinem Alter nicht leicht wieder eine Stelle als Bauklempler bekommen könne; er habe in 31 1/2 Jahren nur einmal den Meister gewechselt und sich nie etwas zu Schulden kommen lassen. Die Witte des Vorsitzenden, der Mann wieder einzustellen, lehnte der Beklagte ab und zahlte schließlich auf Burehen der Vergleichskammer den eingeflagten Betrag.

Sehr mit Recht bemerkte hierzu der „Kölner Lokalanzeiger“ (Nr. 133/12), dem wir das Vorstehende entnehmen:

In einer Zeit, wo der Mittelstand und das Handwerk immer wieder die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ihre Lage zu lenken bestrebt sind, dürfte es nichts weniger als klug sein, durch derartig unsoziales Verhalten gegenüber den eigenen Mitarbeitern dem Handwerk möglicherweise die Sympathien weitestfer Kreise zu verschätzen.

Soll den Handwerksgefelln Recht und eine würdige Behandlung zuteil werden, dann ist dies nur möglich, wenn sie sich durch Anschluß an eine christliche und nationale Organisation eine Ständevertretung sichern, die ihnen auch in den alten Tagen hilfreich zur Seite steht. Eine solche Interessenvvertretung ist der christliche Metallarbeiterverband. Leider hat ein sehr großer Teil der Handwerksgefelln dieses bisher nicht getan und entweder indifferent dahingelebt oder sich der materialistischen „freier“ Gewerkschaft angeschlossen. Damit ist ihnen, wie vorstehender Fall beweist, nicht gedient. Am letzten Ende sind die materiellen Interessen nicht allein ausschlaggebend, sondern hinzu kommen eine Reihe sozialer Gesichtspunkte, die der Materialismus nicht als Rechte verteidigen kann. Sollen also die Interessen der Handwerksberufe gewahrt werden, dann müssen sich diese Kollegen dem christl. Metallarbeiterverband anschließen.

Aus der Metallindustrie. Die A.-G. Felten und Guilleaume in Mülheim a. Rh. erzielte im Jahre 1911 nach Abschreibungen von 1 800 000 M. einen Reingewinn von 2 245 000 M. Die Aktionäre erhalten 3 300 000 M. = 6% Dividende u. der Aufsichtsrat 120 000 M. — Bei der Bräudenbaugeellschaft Sartori in Duisburg beträgt der Reingewinn 427 000 M. Dividende wird verteilt auf die Vorzugsaktien 8 1/2% und auf Stammaktien 7 1/2%. — Die Preß- und Walzwerks-Aktiengesellschaft in Düsseldorf-Reicholz verzeichnet einen Jahresverlust von 291 000 Mark.

Ueber die grundsätzliche Stellung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter zum Streik werden in der letzten Zeit in der sozialdemokratischen Presse die verschiedensten Behauptungen aufgestellt. So soll der Gewerkeverein auf das Streikrecht gänzlich Verzicht geleistet haben. Als Beweis hierfür wird u. a. eine Notiz aus der Nr. 103 der Germania vom 7. Mai 1912 angeführt, welche der Redaktion zweifellos als Fundstüek in das Netz gelegt worden ist. Demgegenüber ist kurz zu bemerken, daß der Gewerkeverein seine grundsätzliche Stellung zum Streik ebenjenermü geändert hat, wie die übrigen christlichen Verbände auch. Auf der im Juli 1911 in Köln a. Rh. abgehaltenen letzten Generalversammlung des Gewerkevereins wurde diese Stellung erneut festgelegt und in dem diesbezüglichen Protokoll angedeutet: Der Gewerkeverein will sein Ziel möglichst auf friedlichem Wege zu erreichen suchen. Wenn die Arbeitgeber trotz aller gütlichen Vorschläge den Arbeitern ihr Recht nicht gewähren wollten, so ist dem Gewerkeverein auch der Kampf nicht fremd. Dieser steht aber das letzte Mittel. Wenn keine Anwendung aber notwendig war, wurde sie nicht gefehlet. Und so bleibt es auch in Zukunft. Auch in Zukunft wird der Gewerkeverein versuchen, im Frieden mit den Arbeitgebern auszukommen. Ist das nicht möglich, dann wird auch der Kampf, der Streik nicht gefehlet, sofern er den Arbeitern den Erfolg verspricht, daß ihre berechtigten Forderungen zur Durchführung gelangen. Der Gewerkeverein wurde wegen seiner Stellung zum Streik nicht selten heftig angegriffen. Das kann aber nicht von der bisherigen Praxis abstrahieren. Selbstverständlich ist, daß unsere Kämpfe sowohl in ihren Zielen wie in der Art der Durchführung nie nicht in Widerspruch bringen dürfen mit den christlichen Grundbügen der Gerechtigkeit und des Rechts.

Es ist die fortwährenden Angriffe des sozialdemokratischen Gewerkevereins auf den Gewerkeverein soll nur der Grund und die Voraussetzung im Lager des sozialdemokratischen Gewerkevereins sein.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine in dem die neutralen Konsumvereine zusammengeschlossen sind, hat am 5. Mai in Köln die formelle Gründung der Groß-Einkaufs-Zentrale westdeutscher Konsumvereine Ges. m. b. H. vollzogen. Das Stammkapital beträgt 120 000 M., das von 75 Konsumvereinen, der Genossenschaftsbank in Bonn und dem Verband westdeutscher Konsumvereine gezeichnet wurde. Der Sitz der Gesellschaft ist Köln, doch wird dieselbe vorläufig in Mülheim (Rhein) domicilieren. Die Gesellschaft übernimmt mit dem 1. Juli die bisherige Kolonialwaren-Abteilung der Bezugskommission in Bonn mit sämtlichen Aktiven und Passiven. Als Vorkaufszentrale für die Groß-Einkaufszentrale wurde die Genossenschaftsbank in Bonn vertragsmäßig festgelegt. Zum Geschäftsführer wurde Verbandsdirektor Schlad, zu Protokollanten Verbandssekretär Braun und Herr Stiß bestellt. Bei Bestellung des Aufsichtsrates wurde auf die einzelnen Bezirke Rücksicht genommen. Die Vereine des Verbandes setzten im vergangenen Jahre bereits annähernd 3 Millionen Mark bei der Bezugskommission in Bonn um und ist mit der Neugründung zweifellos eine bedeutende Erhöhung des gemeinsamen Warenbezugs verbunden. Der Gesamtumsatz von 90 Vereinen, die diesem Verband angeschlossen sind, belief sich im Jahre 1911 auf mehr als 20 Millionen Mark. Heute gehören dem Verband westdeutscher Konsumvereine 117 Genossenschaften Westdeutschlands an.

Mit der Gründung einer eigenen Großeinkaufszentrale hat der Verband westdeutscher Konsumvereine einen wichtigen Schritt vorwärts auf genossenschaftlichem Gebiete getan. Dem Verband ist zu wünschen, daß die Neugründung von großem Erfolge für die angeschlossenen Vereine sein möge.

Momentbilder aus der sozialdemokratischen Praxis. Kürzlich fanden wir im „Typograph“ (Organ des Gutenbergbundes Nr. 19/1912) eine Notiz, welche kein Ruhmesblatt für die deutsche Sozialdemokratie ist. Darin heißt es u. a.: „Allein in den ersten drei Quartalen des letzten Jahres haben nach einer oberflächlichen Zusammenstellung nicht weniger als 172 Prozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen in Deutschland stattgefunden, in welchen diesen Schwindelereien und Unwahrheiten nachgewiesen wurden. Insgesamt machten die seitens der Gerichte verhängten Strafen nicht weniger als sieben Jahre Gefängnis und 34 000 Mark Geldstrafen aus. Welche gewaltige Summen Geldes dabei an Prozeßkosten verschlungen wurden, ist aus dieser Statistik noch gar nicht zu ersehen. All das wird die sozialistische Partei- und Gewerkschaftspropaganda nicht abhalten, weiter zu lügen und zu schwindeln, dafür aber gleichzeitig um so lauter andere der Lüge und Verleumdung zu zeihen.“

Stimmt ganz genau. Hinzuzufügen ist nur, daß die verurteilten Genossen, in der Regel die Gerichtskosten nicht bezahlen; sie sind gesetzlich eingerichtet d. h. unpfändbar und haben den Offenbarungseid geleistet. Als Beleg dafür eine Notiz aus dem „Vergnappen“ (Nr. 20/1912):

„Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlkomitees für den Wahlkreis Dortmund-Sörde, der Gewerkschaftssekretär Franz Kluppich, war vor einigen Wochen vom Dortmund-Erhelfengericht wegen Verleumdung des Verlegers Leising zu 20 Mark Geldstrafe und Zahlung der Kosten verurteilt worden. Als die Kosten beigetrieben werden sollten, ließ Kluppich sich für unpfändbar erklären. Zum 28. März war Kluppich dann zur Ablegung eines Offenbarungseides geladen, aber nicht erschienen. Er hatte eine Eingabe überreicht, wonach er bereits vor zwei Jahren den Offenbarungseid geleistet habe; in seinen Vermögensverhältnissen habe sich seitdem nichts geändert. — Der sozialdemokratische Redakteur Wih. Zielhorn von der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ Duisburg, war wegen Verleumdung des Vorstandes unseres Gewerkevereins zu einer Geldstrafe von 30 Mark und zur Tragung der Kosten des Prozesses verurteilt worden. Die wegen der Kosten nachgeleitete Zwangsvollstreckung ist schuldlos ausgefallen, da Zielhorn, wie fast alle sozialdemokratischen Redakteure und Gewerkschaftsbeamte, unpfändbar ist. Als Zweitschuldner müssen nun die Kläger für die Kosten selbst aufkommen. Dieses ist doch ein Zustand, der förmlich nach Abhilfe schreit. Jeder Genosse kann heute in der frechsten und beleidigendsten Weise über einen christlichen Gewerkschaftler herfallen und sich nachher, wenn er für seine Anreizungen am Gerichte einen Denksatz erhalten hat, an der Zahlung der Kosten vorbeibrücken. Ist es nicht unerhört, daß sich die „Obergenossen“ einen Freibrief für Verleumdungen dadurch verschaffen, daß sie sich durch Scheinverträge „prekärlich einrichten“? Wie sehen nun die „Scheinverträge“ aus, durch die sich die Genossen einen Freibrief für Verleumdungen z. verschaffen? Wir sind in der Lage, unseren Kollegen einen solchen Vertrag präsentieren zu können. Hier ist er:

„Vertrag. Zwischen der offenen Handelsgesellschaft Clemens Hengsbach u. Co. einerseits und dem Redakteur Wilhelm Thielhorn zu Duisburg andererseits wird hiermit nach erfolgter mündlicher Verhandlung folgendes beschlossen: Der mit dem Redakteur Wilhelm Thielhorn am 30. März 1908 abgeschlossene Anstellungsvertrag wird mit Wirkung vom 1. Juli ab wie folgt geändert: Herr Redakteur W. Thielhorn erhält vom 1. Juli 1910 an ein Jahresgehalt von 1500 M. zahlbar in monatlichen Raten à 125,00 M. Solange Herr Redakteur Thielhorn im Dienste der Firma Clemens Hengsbach u. Co. verbleibt, verpflichtet sich diese Firma, der Ehefrau des Herrn Thielhorn, Sophie geb. Fink pro Monat 75,00 M. und ab 1. Oktober eines jeden Jahres pro Monat 8,50 M. mehr zu zahlen. Diese Zahlungen sind an die Ehefrau Thielhorn zu leisten und sollen deren Vorbehaltsgut sein. Die sonstigen Bestimmungen des Anstellungsvertrages des Herrn Thielhorn vom 30. März 1908 bleiben bestehen. Beide Kontrahenten erkennen durch die Unterschrift die Vereinbarung als rechtsverbindlich an. Frau Sophie Thielhorn tritt durch Unterschrift dieser Vereinbarung bei.

Niederrheinische Arbeiterzeitung
Clemens Hengsbach u. Co. (gez.) W. Thielhorn.
Duisburg. (gez.) Frau Sophie Thielhorn.
(gez.) Wih. Schluchmann.
Auf Grund dieses Vertrages kann sich Genosse Thielhorn nicht mehr an der Zahlung der Gerichtskosten vorbeibrücken, denn er ist inzwischen „Apotheker oder Provisor“ bei der sozialdemokratischen verwalteten Driskrankenkasse geworden. Obwohl man lache nicht; die von den Sozialdemokraten beherrschte Krankenkasse hat den Verlauf der freigegebenen Heilmittel selbst in die Hand genommen. Jetzt müssen die abseits wohnenden Mitglieder um die verordnete Kullbinde z. im Werte von etwa 10 Pfg. zu bekommen, erst 20 Pfg. mit der Straßenbahnverfahren, und diese „Apothek“ verwaltet Herr Thielhorn, ehemaliger gesetzlich eingerichteter verantwortlicher Redakteur der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“. Wie verlannt, wohl auch die Driskrankenkasse auf Grund eines ähnlichen Vertrages einen großen Teil des Gehaltes für die neuer-

richtete Winkelapothekerstelle an die Ehefrau des Inhabers. So ist also auch der neugeborene „Apotheker“ gesetzlich geschützt. Er darf also ruhig weiter schimpfen — und die Gerichtskosten hat der zu zahlen, der sich nicht ruhig belästigen lassen will. Bestehen solche Scheinverträge nicht gegen die guten Sitten?!

Das sozialdemokratische Rebergergericht war wieder in Aktion. „Angeklagt“ war, so lesen wir in der „Kölnischen Volkszeitung“, der Stadtverordnete Schick aus Ohligs, Geschäftsführer des Industriearbeiterverbandes, der beschuldigt wurde, in dem Zustand der Meider des Metallarbeiterverbandes, den der Industriearbeiterverband nicht mitmachte, Leute zum Weiterarbeiten bewegt und den Fabrikanten Arbeiter vermittelt zu haben. Das Agitationskomitee, das die Richter stellte, lehnte den Anschlußantrag ab, und zwar aus rein „juristischen“ Gründen — dem Ortsverein Ohligs stehe nicht das Recht zu, einen Anschlußantrag zu stellen, dazu sei nur die Kreisorganisation berechtigt —, wie auch aus sachlichen Gründen, die Beschuldigungen seien nicht genügend bewiesen. Aus diesem Grunde sei auch die heikle Frage, ob der Industriearbeiterverband Streikbruch verübt habe, ungeprüft geblieben. —

Mit Hildebrand hat die Solinger „Geme“ bekanntlich kurzen Prozeß gemacht und ihn rausgeschmissen. Diefem „Rebergergericht“, das unter dem Vorhild des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hofrichter tagte, schreibt der sozialdemokratische Abgeordnete Rechtsanwalt Heine in den sozialistischen Monatsheften folgendes ins Stammbuch:

„Ein trauriges Schauspiel, ein beschämendes, wenn wir uns erinnern, wie wir gegen unwissenschaftlichen Sinn und Gewissenszwang in die Schranken treten; das Ganze nur erklärlich und teilweise entschuldbar durch die Annahme bösliger Ahnungslosigkeit über die Konsequenzen bedenken, die diesen Scheiterhaufen errichtet haben.“

In dem Schiedsbruch sei klug und klar gesagt, daß die Freiheit wissenschaftlicher Forschung dem Parteiprogramm gegenüber nicht bestünde, daß Hildebrand programmwidriger Lehren wegen ausgeschlossen werden mußte.

„O, dieses mußte! Wie unzählige Male habe ich dieses Wort in anderen Prozessen gegen Genossen gehört, aber aus dem Munde derer, die wir gewöhnlich die Träger der Massenjustiz nennen. Und immer hat es mich bis ins Innerste empört. Nein und dreimal nein: Niemand muß ehrliebe Ueberzeugung Mißhandeln. Dies Wort ist nichts als das Handbeken, worin Pontius Pilatus sich weißzuwaschen sucht, ein Mittel, sich vor sich selber zu entschuldigen. Ich frage noch einmal: Wie könnten wir, wenn diese Grundsätze bei uns herrschend würden, die kirchliche und staatliche Rebergerfolgung bekämpfen?“

Dieser Kennzeichnung der Partei der Bruderliebe durch einen Wissenden brauchen wir nichts anzufügen, das würde nur die Wirkung abschwächen.

Streits und Lohnbewegungen.

Düsseldorf-Ratingen. Die Firma Ulrichs und Hinrichs hat vor kurzem ihren Arbeitern die 58stündige Arbeitszeit auf Widerruf bewilligt, trotzdem keine Forderungen gestellt worden waren. Da sie jedoch keinen Lohnausgleich für den Ausfall der Arbeitszeit gewährte, war die Arbeiterchaft mit dieser Regelung nicht einverstanden. Sie forderte die 57stündige Arbeitszeit mit einem Lohnausgleich von 5 Proz., weiter eine Lohnhöhung von 5 Proz. und die Regelung der Grundlöhne. Der Lohn nach der Lehrzeit soll wenigstens 35 Pfg., für neu einzustellende, gelernte Arbeiter nach Vereinbarung, jedoch nicht unter 45 Pfg. betragen. Für ungelernete Arbeiter im Alter von 18 Jahren wird ein Einstellungslohn nach Vereinbarung jedoch nicht unter 38 Pfg. gefordert. Gleichfalls wünscht die Arbeiterchaft die Befestigung von Mißständen, sowie das Recht, jedem Tag das Arbeitsverhältnis mit 14tägiger Kündigung lösen zu können. Die Firma hat einige Zugagen gemacht, zeigt jedoch in den wichtigsten Punkten kein Entgegenkommen. Daher beschloß die Arbeiterchaft die Kündigung einzureichen. Sollte es nicht gelingen, auf dem Verhandlungswege eine Einigung herbeizuführen, so dürfte ein Kampf unausbleiblich sein. Der Bezug nach diesem Werke ist daher fernzuhalten.

München. Die Reparaturschlosser, Maschinisten und Heizer der Firma Anton Seidl, Kgl. bayer. Hofbäckerei, welche unserem Verbaude angehören, kamen nach mehrmaligen Beratungen zu dem Entschlusse, der Firma einen Tarifvertrag zu unterbreiten. Darauf kam am 11. Mai folgender Vertrag zustande: Arbeitsvertrag

bereinhart zwischen der Firma Anton Seidl, Kgl. bayerische Hofbäckerei G. m. b. H. in München und dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.
§ 1. Die tägliche Arbeitszeit der Schlosser beträgt 9 Stunden. Sie beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 6 Uhr, mit Unterbrechungen: vormittags 20 Minuten Frühstückspause, 1 1/2 Stunden Mittags- und nachmittags 10 Minuten Vesperpause. Der Dienst der Maschinisten und Heizer ist in zwei Perioden geteilt: 1. Winterperiode vom 1. November bis 30. April, 2. Sommerperiode vom 1. Mai bis 30. Oktober. Die Dienstzeit in der Winterperiode ist folgende: Tägliche Arbeitszeit 9 1/4 Stunden. Dieselbe beginnt morgens 6 Uhr und endet abends 6 Uhr; bei Nachtschicht abends 6 Uhr bis morgens 6 Uhr. Unterbrochen wird dieselbe bei Tag durch eine halbstündige Vesperpause vor- und nachmittags und eineinviertelstündige Mittagspause. Dieselbe fällt für Heizer in die Zeit von 11—12 1/4 Uhr, für Maschinisten von 12 1/4—1 1/2 Uhr. Diefelben Pausen gelten analog für die Nachtschicht.

Die Sonntagsruhe beträgt abwechselungsweise 24 Stunden. Für Wochenfeiertage, die in diese Zeit fallen, beträgt der Dienst abwechselungsweise 6 Stunden für Tagesdienst. Die Dienstzeit in der Sommerperiode ist folgende: Tägliche Arbeitszeit 9 1/4 Stunden. Beginn und Ende wie in der Winterperiode. Sonntagsruhe abwechselungsweise 24 Stunden. Für Wochenfeiertage, die in diese Zeit fallen, beträgt der Dienst abwechselungsweise 5 Stunden für Tagesdienst. An den Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen wird der Dienst möglichst dem der Bäder angepaßt und gleichheitlich für 4 Mann festgelegt. Ein Schlosser hat jeden dritten Sonntag Jour im Maschinenhaus von 6 Uhr früh bis mittags 12 Uhr zu halten und bekommt als Äquivalent den darauffolgenden Montag frei.
§ 2. Ueberstunden sind soweit als möglich zu vermeiden, werden solche notwendig, so werden nach der seculären Ar-

beitszeit bis 10 Uhr 15%, darüber hinaus 30% Zuschlag gewährt.

§ 3. Der Durchschnittslohn der Schlosser beträgt möglichst in Stufen nicht unter 45, 50 und 55 Pfg. pro Stunde. Die Maschinisten erhalten einen Wochenlohn von 35 M., die Heizer einen solchen von 30 M. Ab 1. Mai 1914 erhöhen sich die Löhne der Schlosser um 2 Pfg. pro Stunde, die der Maschinisten und Heizer um je 1 Mark pro Woche. Die Auszahlung erfolgt wöchentlich am Freitag und muß mit Arbeitslohn getätigt sein.

§ 4. Die Kündigung für die Maschinisten und Heizer beträgt jeberzeit 3 Tage; für die Schlosser täglich.

§ 5. Den Maschinisten und Heizern, welche ein Jahr im Betriebe tätig sind, wird ein Urlaub von 7 Tagen unter Fortbezahlung des Lohnes gewährt. Der Urlaub ist jedoch in einer Zeit einzubringen, in der Tagesdienst ist, und nur jeweils ein Mann.

§ 6. Aus diesem Tarifvertrage entstehende Differenzen sollen nach Möglichkeit mündlich geschlichtet werden, andernfalls das Gewerbegericht München als letzte Instanz entscheiden. Sympathiestreiks finden nicht statt. Verschlechterungen aus Mißlaß der Durchführung dieses Vertrages dürfen nicht stattfinden.

§ 7. Die Bestimmungen dieses Vertrages treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und haben Gültigkeit bis zum 1. Juli 1916. Wird nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt, so läuft der Vertrag ein Jahr weiter.

München, 11. Mai 1912.

Für den christlichen Metallarbeiterverband:

(gez.) W. Wagner.

Für die Firma:

(Stempel.)

(gez.) G. Girsch, B. Seidl.

Neheim. Der Streik bei der Firma Westermann u. Co. ist mit Erfolg beendet. Durch Vermittlung und in Gegenwart des Herrn Gewerbeinspektors Böse aus Arnberg fand am 16. Mai die Einigungsverhandlung statt. Die Arbeiter erhalten ihren Wünschen entsprechend die 14tägige Kündigungsfrist und das Recht, vor Inangriffnahme von Akkordarbeitern sich über den festgelegten Preis informieren zu können. Bei größeren Aufträgen soll in Zukunft über den Akkord mit den betreffenden Arbeitern verhandelt werden. Bei Einführung von neuen Artikeln sollen die Arbeiter im Verhältnis zu ihrem bisherigen Verdienst nicht geschädigt werden. Die Lohnzahlung soll, wie gewünscht, so erfolgen, daß die Arbeiter innerhalb des Fabrikgrundstücks ihre Löhnung nachsehen können. Sämtliche streikenden Arbeiter werden wieder eingestellt. Der größte Teil hat bereits am Freitag resp. Samstag morgen die Arbeit wieder aufgenommen, die übrigen werden in den den nächsten Tagen folgen.

Der Ausgang dieses Kampfes hat der Neheimer Arbeiterschaft wiederum bewiesen, daß ihr das Mitbestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestanden werden muß; wenn sie treu und fest zu ihrer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverbande, stehen. Einig und geschlossen gehen die beteiligten Arbeiter aus diesem Kampfe hervor. Sie haben ihn nicht gewollt, und jedenfalls wäre er zu vermeiden gewesen, wenn den Arbeitern von Anfang an das Mitbestimmungsrecht resp. das Recht zu verhandeln, eingeräumt worden wäre. Ein großer Teil der beteiligten Arbeiter hat erst im letzten Augenblick den Anschluß an unseren Verband gefunden. Hoffentlich für immer. Infolge dessen wurde unsere Lokalkasse bei diesem Kampfe ziemlich stark in Anspruch genommen. In einmütiger Weise beschloß deshalb unsere Mitgliederversammlung am Himmelfahrtstage, den Lokalzuschlag ab 21. Woche bis zur Generalversammlung in Dortmund von 10 auf 20 Pfennige zu erhöhen. Diese Opferwilligkeit unserer Kollegen gibt uns freudige Zuversicht für die Zukunft. Sollten später Kämpfe an uns herantreten, wir werden sie mit Ruhe und in Ehren bestehen können.

Die Aussperrung in der hannoverschen Metallindustrie.

In der vorigen Nummer unseres Verbandsorgans teilten wir mit, daß die Metallindustriellen am 11. Mai beschlossen haben, am 27. Mai eine Aussperrung von 60 Prozent der Belegschaft einzutreten zu lassen, wenn eine Einigung in den bis jetzt bestreikten Betrieben nicht erfolgt ist. Infolge dessen sind in den Betrieben, die 14tägige Kündigung haben, die 60 Proz. zum 27. Mai gekündigt worden. In den Betrieben mit achtägiger Kündigung ist daselbe am 18. d. Mts. erfolgt.

Als erster Betrieb kam die hannoversche Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormals G. Eggendorf in S.-Linden in Frage, wo die 14tägige Kündigungsfrist besteht. Von den Betrieben in Hannover-Wülfe kommen hauptsächlich das „Wülfeler Eisenwerk“ und die „Garvenswerke“ in Frage. Ob auch die Nichtgekündigten 40 Proz. die Kündigung einreichen, steht noch nicht fest, da der hier am stärksten betroffene sozialdemokratische Metallarbeiterverband mit den übrigen in Frage kommenden Organisationen sich dahin verständigt hat, den Nichtgekündigten aus taktischen Gründen anzuraten, vorläufig weiter zu arbeiten.

Wenn die angebrohte Aussperrung im Verbandsbezirk Hannover nicht zum Ziele führt so sind die dem Industriellenverband Hannover kartellierten Verbände Magdeburg-Halle ebenfalls verpflichtet, zum 17. Juni eine Aussperrung von 60 Proz. der Belegschaft vorzunehmen. Die Zusage der Bezirksverbände Magdeburg-Halle der Metallindustriellen, die Aussperrung am 17. Juni einzutreten zu lassen, liegt bereits schriftlich vor.

Daraus werden die Kollegen allerorts den Ernst der Situation ermessen; denn es würden, falls vorher keine Einigung erfolgt, am 17. Juni 65 000 Metallarbeiter ausgesperrt sein, ohne die Arbeiter, die auf Geheiß der Organisationen freiwillig aus den Betrieben herausgehen werden. Nun gilt es für unsere Mitglieder allerwärts, kräftig in die Agitation einzutreten, um alle auf unserem Boden stehenden, aber noch unorganisierten Metallarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband zuzuführen.

Zur Aussperrung in der süddeutschen Metallindustrie.

Der Kampf in der Metallindustrie im Frankfurter Gebiet scheint, wie wir in der letzten Nr. berichteten, einen größeren Umfang anzunehmen. Der Bezirksverband Deutscher Metallindustrieller in Frankfurt hat die Hilfe der Gruppe süddeutscher Metallindustrieller angerufen. Letzterer Gruppe gehören die Bezirksverbände Baden, Württemberg, Bayern und Frankfurt an. Laut Beschluß der Metallindustriellen soll nun, wenn nicht bis zum 1. Juni in Frankfurt eine Einigung zustande kommt, im Bereich der Gruppe eine Gesamtaussperrung mit vorerst 60 Prozent der beschäftigten Arbeiter vorgenommen werden. Dieser Beschluß wurde auf den Werken durch folgenden Anschlag bekannt gegeben:

„Unser Mitglied, der Verband der Metallindustriellen von Frankfurt und Umgebung hat am 4. Mai 60 Prozent seiner Belegschaft entlassen, nachdem der bei einem Teile seiner Mitglieder ausgebrochene Streik trotz weitestgehender Zugeständnisse nicht beigelegt werden konnte. Die süddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat in ihrer am 7. Mai in München stattgefundenen Sitzung einstimmig beschlossen, den Verband der Metallindustriellen von Frankfurt am Main und Umgebung in dem ihm von den Gewerkschaften aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen. Dieser Beschluß hat die Genehmigung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller gefunden. In Ausführung des Beschlusses wird am 1. Juni in sämtlichen der süddeutschen Gruppe angehörenden Betrieben die Entlassung von 60 Prozent der Arbeiterschaft eintreten, wenn bis dahin nicht alle innerhalb der süddeutschen Gruppe bestehenden Arbeiterbewegungen beigelegt sind.“

Nürnberg, Stuttgart, Mannheim, Frankfurt a. M., Süddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.

Die „Mene Bad. Landeszeitung“ wußte noch mitzuteilen, daß der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller Mitte Juni eine Gesamtaussperrung in der Deutschen Metallindustrie einzutreten lassen werde, wenn bis dahin die süddeutsche Aussperrung erfolglos bleibe. So steht also die deutsche Metallarbeiterschaft wieder vor einem ersten Kampfe, in dem auch Tausende hineingezogen werden, die den Beitritt zur Organisation für unnötig halten. Ob ihnen jetzt die Augen aufgehen?

In Frankfurt selbst stehen die Dinge auf dem alten Fleck. Eine Verammlung unserer Mitglieder besaßte sich am 13. Mai mit den Vorgängen vor und nach der Aussperrung. Scharf verurteilt wurde die Nichtzuziehung unseres Verbandes zu den Verhandlungen. Es scheint fast, als habe man aus dem Kampfe auf den Seeschiffswerften noch nichts gelernt. Demgegenüber betonten die Kollegen mit Recht, auf der Teilnahme unserer Organisation bei den Verhandlungen unter allen Umständen bestehen zu müssen. Dieser Kampf legt auch uns große Opfer auf. Deswegen ist es selbstverständlich, den Gang der Dinge mitzubestimmen.

Jedenfalls können unsere Kollegen ruhig in die Zukunft blicken. Im christlichen Metallarbeiterverband haben sie eine starke Rückenbedeckung. Deshalb haben unsere Mitglieder keine Veranlassung, sich zu unüberlegten Schritten hinreißend zu lassen. Wo und wann von den Nichtausgesperrten die Kündigung einzureichen ist etc., wird einzig und allein von den maßgebenden Instanzen unseres Verbandes in Verbindung mit den beteiligten Kollegen bestimmt werden. Ebenso bestimmen diese die notwendigen taktischen Maßnahmen. Ohne Zustimmung der maßgebenden Verbandsinstanzen darf also kein nichtausgesperrter Kollege die Arbeit freiwillig niederlegen. Nur das kühle Abwägen aller Momente führt zum Ziele, alles raotikale Draufgängertum hingegen führt in den Sumpf.

Zum Streik bei der Firma J. W. Dunter in Werdohl.

Die in der Britanniawarenfabrik J. W. Dunter in Werdohl beschäftigten Schleifer, die sämtlich unserem Verbands als Mitglieder angehören, stehen seit dem 7. Mai im Streik. Bis zum Tode des Firmeneinhabers, des Herrn Dunter, herrschte hier zwischen Arbeitgeber und Arbeiterschaft ein verhältnismäßig gutes Einvernehmen. Etwasige Differenzen fanden stets im Wege der friedlichen Verhandlung ihre Erledigung. Die Verhältnisse änderten sich aber mit einem Schlage, als der nunmehrige Betriebsführer die Leitung der Fabrik übernahm. Die neue Leitung machte sich zunächst dadurch unangenehm bemerkbar, daß in den anderen Abteilungen alte, im Dienste der Firma ergraute Arbeiter aus dem Betriebe förmlich herausgeekelt wurden, und die so frei gewordenen Arbeitsstellen durch jüngere Arbeitskräfte — meistens aus Neuenrade — ihre Besetzung fanden. Der Herr Betriebsführer stammt nämlich aus Neuenrade. Wie bei dieser „Säuberung“ des Betriebes verfahren wurde, dafür nur ein Beispiel: Der bis dahin bei der Firma beschäftigte Bader, der diese Arbeit lange Jahre verrichtet hat, erhielt einen Schichtlohn von M. 3,50. Der neue Mann der an seine Stelle trat, der bis dahin noch wenig oder gar keinen Vossel verpaßt hatte, sich also erst einarbeiten mußte, erhielt sofort einen Tagelohn von 5 Mark.

Die Differenzen, die zum Streik in der Schleiferei führten, entstanden dadurch, daß 5 Schleifern — darunter Arbeitern die 22 bezw. 11 Jahre dort beschäftigt waren — gekündigt wurde, angeblich wegen Mangel an Arbeit. Schon die Form, in der bei Kündigung erfolgte, war eine ungewöhnliche und ließ darauf schließen, daß die Maßnahme aus einem anderen Grunde, als aus Arbeitsmangel erfolge. Den Kollegen wurde nämlich nicht, wie sonst üblich, mündlich gekündigt, sondern die Betriebsleitung ließ die Kündigung schriftlich durch den Kontorboten den einzelnen Schleifern im Betriebe überreichen.

In einer Betriebsversammlung gaben sämtliche Schleifer ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß kein Arbeitsmangel vorhanden, sondern in der Kündigung der fünf Kollegen eine Maßregelung zu erblicken sei, umsomehr, als einige, seit langen Jahren bei der Firma beschäftigte Arbeiter, von denen einer durch einen schweren Betriebsunfall fast sämtliche Finger einer Hand verloren hat, von der Kündigung betroffen wurden. In einer von dem Kollegen Giers-Siegen an die Firma gerichteten Eingabe wurde um Zurücknahme der Kündigung ersucht und gleichzeitig die Bereitwilligkeit sämtlicher Schleifer ausgesprochen, wenn tatsächlich Arbeitsmangel vorhanden sei, sich vorübergehend eine Verkürzung der Arbeitszeit gefallen zu lassen. Die Firma erteilte weder der Organisationsleitung eine Antwort, noch trat sie mit der gewählten Schleiferkommission in Verhandlung ein. Auf Grund dieser Sachlage blieb nichts anderes übrig, als die Kündigung einzureichen, und nach Ablauf derselben in den Streik einzutreten.

Die gesamte Arbeiterschaft und die Bürgerchaft von Werdohl und Umgegend steht auf Seiten der Streikenden. Das beweisen die stark besuchten Betriebs- und öffentlichen Volksversammlungen, welche in Werdohl und Neuenrade in dieser Angelegenheit abgehalten wurden. Auch eine in Kleinhammer stattgefundene, von den Vertretern der verschiedenen Organisationen stark besuchte Schleifertagung des Lennegebietes stellte sich nach einem ausführlichen Vortrag des Kollegen Giers über die Entstehung und den bisherigen Verlauf der Differenzen einstimmig auf die Seite der Streikenden und nahm eine in diesem Sinne gefaßte Resolution einstimmig an.

Die Firma versucht nun in der Heranziehung von Streikbrechern ihr Heil. Da sie gelehrte Schleifer nicht bekommen kann, sollen nun Bohrer und alle möglichen sonstigen Leute, die von der Schleiferei nicht die geringste Ahnung haben, zu Schleifern ausgebildet werden. Das schönste an der Sache ist, daß man diesen arbeitswilligen Elementen 5 Mark Tagelohn verspricht, während man den Schleifern — angeblich wegen der Mettmanner Konkurrenz — fortwährend die Akkordpreise zu reduzieren sucht.

Leider haben sich schon einige Arbeiter aus Neuenrade bereit gefunden, Streikbrecherdienste in den Betrieben zu leisten und ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen, obwohl diese Leute noch keine Schleiferei gesehen haben und die Firma wenig oder garnichts mit ihnen anfangen kann. Einer von diesen Elementen hat denn auch gar keinen Hehl daraus gemacht, und es offen ausgesprochen, daß er, solange er den Tagelohn von 5 Mark bekomme, bei der Firma bleiben würde; wenn er aber in Akkord arbeiten sollte, würde er sofort wieder aufhören. Herr Trente wird ja sehen, wie weit er mit diesem kommt. Jedenfalls ist das Begehren der kämpfenden Schleifer kein unbilliges, und auch die öffentliche Meinung steht bei diesem, ihnen von der Firma aufgezwungenen Kampfe auf ihrer Seite.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

Weselberg. Bei der Firma Wlth. Schmidt, Schlossfabrik und Tempergleiterel stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf-Gerresheim. In der Drahtstiftfabrik Dreher u. Sohn stehen die Arbeiter im Streik.

Siegen. Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkeret in Gelsweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

Frankfurt a. M. In den hiesigen Adlerwerken, ferner bei den Firmen Mayfarth u. Co., Fries u. Sohn, Porforny und Wittekind stehen die Arbeiter im Streik. 60 % der Arbeiter in den Metallbetrieben sind ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Erier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner der Installationsbranche gesperrt. Zureichende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

Hagen. Die Arbeiter der Firma Kraemer u. Freund (Feberrichter, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen im Streik.

Machen. Die hiesigen Form- und Gleisereiarbeiter stehen im Streik.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherel der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebssperre verhängt.

Hannover. In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit entgeleitet. Zureichende Kollegen haben sich deshalb vor Annahme von Arbeit im Wro, Kanonenwall 16, zu melden.

Werdohl. Ueber die Firma J. W. Dunter ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer stehen im Streik.

Düsseldorf. Ueber die Maschinenfabrik Malmedie ist die Sperre verhängt.

Düsseldorf-Math. Bei der Firma Poensgen sind Differenzen ausgebrochen. Ueber das Werk ist die Sperre verhängt.

Bedum. Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zugang von Schlossern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten.

Belbert. Die Differenzen bei der Firma Tillmanns und Kellner sind beigelegt. Die Firma hat mit den Formern einen Tarif abgeschlossen.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. Mai der zweiundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Mai bis 1. Juni 1912 fällig.

Die Ortsverwaltung Neheim erhält ab 21. Woche und die Ortsverwaltungen Lippstadt und Mainz ab 22. Woche l. J. die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. statt bisher 10 Pfg. Die Ortsgruppe Warstein erhält ab 22. Woche l. J. die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus Lothringen. Eine bedauerliche Erscheinung ist es, daß in den Hüttenwerken mit der aufsteigenden Konjunktur auch Ueberstundenunwesen, Nichteinhaltung der Ruhepausen, und Sonntagsarbeit immer mehr zunehmen. Das gilt besonders für Lothringen. In keinem Bezirke der Großenindustrie wird der Hüttenarbeiter sowohl Werktags wie Sonntags rückständiglos ausgepaßt wie hier, wo die Hüttenindustrie eine geradezu rapide Entwicklung aufweist. Wie es z. B. auf der Hütte „Friede“ in Müllingen mit der Sonntagsruhe aussieht, geht aus der nachstehend wiedergegebenen Notiz hervor, die wir der „Lothring. Volksstimme“ vom 8. Mai d. J. entnehmen:

Milbingen, 5. Mai. Es wird seitens der hiesigen Arbeiterzeitung allgemein Klage geführt, daß sie von der Sülte Friede schon seit längerer Zeit außerordentlich viel zur Sonntagarbeit herangezogen werde. Gewiß läßt sich in der Großindustrie die Sonntagarbeit nicht ganz vermeiden, aber bei einigen guten Willen könnte dieselbe doch wenigstens auf das Mindestmaß beschränkt werden. Wenn die infolge der guten Konjunktur begehren höheren Anforderungen an die Werte als Ursache dieses bedauerlichen Mißstandes angegeben werden, so ist das kein genügender Entschuldigungsgrund; da dieselbe schon vor zwei Jahren eingeführt hat und dementsprechend mehr Arbeitskräfte hätten eingestellt werden können. Immerhin ist der Sonntag ja nicht allein für Aktionäre, Direktoren usw., sondern auch für die Arbeiter da. Einen traurigen Nachruf in dieser Hinsicht scheint nun doch das Thomasmühl (Schlackenmühle) anzustellen zu wollen, indem dort eine ganze Reihe von Arbeitern überhaupt fast keinen Sonntag mehr hat. So hatten beispielsweise Arbeiter von 9 Sonntagen nur die Osterfeiertage frei. Wenn man berücksichtigt, daß schon überhaupt das Arbeiten in einer Schlackemühle infolge der großen Staubentwicklung im höchsten Grade gesundheitsgefährlich ist, so muß man derartige Zustände erst recht bedauern, die nicht nur im höchsten Grade unsozial sind, sondern auch nach allem Eher, beim nach Fortschritt auszuweisen, wovon man auch bei den letzten Wahlen so vieles erzählt hat. Es wäre dringend zu wünschen, daß baldigst Abhilfe geschaffen wird, und besonders seitens der Gesetzgebung durch bestimmte Vorschriften diese unhaltbaren Zustände aus der Welt geschafft werden.

Gesetzliche Vorschriften zur Regelung der Sonntagarbeit bestehen nun allerdings, aber das vorstehend geschilderte Vorkommnis beweist wieder zur Evidenz, daß diese Vorschriften in der Praxis einfach nicht beachtet werden. Beachtet wird hier auch nicht die Bundesratsverordnung vom 1. April 1909 betreffs Ueberstundenwesen und Ruhepausen für die Arbeiter der Schmelzeindustrie. Warum das? Es ist eine Erfahrungstatsache, daß der ganze gesetzliche Arbeiterschutz für die Arbeiter praktisch wenig Bedeutung hat, solange sie sich nicht ihrer Organisation anschließen. Die Lothringischen Hüttenarbeiter sollten sich endlich einmal aufrufen und sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Unser Verband macht seinen ganzen Einfluß zur Erlangung eines besseren gesetzlichen Schutzes für die Hütten- und Walzwerksarbeiter geltend; er ist auch stets bereit, überall dort mit an der Durchführung der gesetzlichen Schutzbestimmungen zu arbeiten, wo es die Hüttenarbeiter wollen. Also, Lothringische Hüttenarbeiter, kein Mensch wird schlechter behandelt, wie er's sich gefallen läßt; schließt sich deshalb dem christlichen Metallarbeiterverband an!

Düsseldorf. In unserer Nr. 19 brachten wir an dieser Stelle eine Korrespondenz aus Düsseldorf zum Ausdruck, die sich eingehend mit den Arbeitsverhältnissen bei der Firma Gebr. Poensgen in Rath beschäftigte. Darauf erhielten wir von der Firma folgende Zuschrift: „Düsseldorf-Rath, den 14. Mai 1912. An den verantwortlichen Redakteur des Deutschen Metallarbeiters, Herrn Friedrich Kraus, Duisburg, Seitenstraße 17. In der Nr. 19 des Deutschen Metallarbeiters vom 11. d. M. befindet sich unter der Überschrift „Aus dem Verbandsgebiet“ ein Bericht aus Düsseldorf, der sich mit der Über unsere Firma verhängten Sperre beschäftigt. In ihm ist der Satz enthalten: „Die Firma . . . hat außerdem durch die Meister auf Ehrenwort erklären lassen, Abzüge erfolgten nicht.“ Dieser Satz entspricht nicht den Tatsachen. Wir erklären Sie deshalb auf Grund des § 11 des Prekgesetzes, die nachstehende Berichtigung in der nächsten für den Druck noch nicht abgeschlossenen Nummer des Deutschen Metallarbeiters zu bringen: „Es ist unwar, daß die Firma Gebr. Poensgen N. G. durch die Meister eine ehrenwörtliche Erklärung hat abgegeben lassen.“ Hochachtungsvoll: Gebr. Poensgen N. G. Kienigegasse (gez.) Rhein. Poensgen.“

Dazu schreiben uns die Einhaber der von der Firma Poensgen berichteten Korrespondenz: „Ich was, Ehrenwort an Arbeiter! Das war unser Empfinden, als wir diese „Berichtigung“ gelesen. Dr. Lile meint ja: „Menschenrechte gehören in die Kammerkammer“. Doch was gesagt ist, und auch wohl mit Einwilligung der Firma gesagt worden sein wird, daß muß trotz „Berichtigung“ bestehen bleiben. Wir wollen daher den Pergang schildern und dann hat unsererseits die Firma wieder das Wort. Es war im Sommer 1911. Da wurde eine von den Arbeitern gewählte Kommission nicht angenommen, weil die Firma einen Arbeiterausschuss zur Vertretung der Arbeiterinteressen „ernannt“ hatte. Diese Kommission erklärte in Gegenwart von der Firma beauftragten Meister im Keller des Werkes nach Klärung all der Beschwerden: „Es darf aus Anlaß dieser Bewegung keine Maßregelung vorgenommen werden und dürfen keine Abzüge mehr stattfinden.“ Die Meister Schließhofs, Randorf und Büchel erklärten: „Wir geben unser Wort, daß keine Maßregelungen und keine Abzüge mehr stattfinden.“

Hierauf wurde von dieser Kommission ein bereitgehaltenes Schriftstück unterschrieben, daß doch wohl nur im Auftrage der Firma erstellt worden sein konnte. Wenn nun die ehrenwörtliche Erklärung nicht im Auftrage der Werksleitung erfolgte, so nehmen wir dies zur Kenntnis. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Meister die oben wiedergegebene ehrenwörtliche Zusage gaben, und daß sie trotzdem nicht gehalten wurde. Im übrigen hörten wir von der Firma gern, welche Gründe sie veranlaßt haben, den Schmiech S., einen Familienvater mit 7 Kindern, trotzig zu machen.

Die Zeitung der Verwaltungsstelle Köln des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bemüht sich krampfhaft, den christlichen Metallarbeiterverband tot zu schreiben. Druckfehler und Unklarheiten, welche in unserem Bezirksbericht enthalten sind, müssen ihr als „Material“ gegen unseren Verband dienen. Wir haben nichts gegen die Anwendung dieses „Materials“ einzumenden, sind vielmehr bei Ueberzeugung, daß der rote Artikelschreiber sich dadurch bei den Kollegen als gewerkschaftlicher Honoraryrat geltend gemacht hat. Unter der Überschrift „Christlicher Schwindel“ leitet sich der Mann in Nr. 98 der „Rheinischen Zeitung“ und in Nr. 19 der „Metallarbeiterzeitung“ nun wieder einige Grobheiten gegen uns. Es gehört ja einmal zum sozialdemokratischen Agitationsgeschäft, sich als die alleinige Größe darzustellen. Aus diesen Gründen lassen wir den roten Christen bei seiner Selbstbehauptung stehen. Der Mann behauptet sich, daß wir nicht auf alle seine Fragen eine Antwort gegeben hätten und schließt daraus, wir hätten geschwänzt. Die letztere Behauptung zeigt, daß der Mann an Götzen glauben leidet; wir wollen daher ein Auge zudrücken und seinen Selbstzucht etwas

auf die Strumpfe helfen. Bezüglich der Terrorismandgeschichten von der Bahenthaler Maschinenfabrik soll der junge Mann unter Zeugen erklärt haben:

„Man hat mir geschrieben, ich sollte einmal nach dem Büro kommen; ich habe aber geantwortet: Ich wollte mit der Sache nichts mehr zu tun haben und erklärte meinen Austritt aus dem christlichen Metallarbeiterverband.“ Mit Pathos ruft er rote Artikelschreiber nun aus: „Terrorismandmacher, wie wird Dir?“ Wir stellen demgegenüber fest, daß wir wegen der Terrorismandangelegenheit niemandem aufgefördert haben, vom Büro zu kommen, sondern, daß der junge Mann — W. N. von Stammheim — uns aufgefördert folgenden Brief geschickt hat:

„An Herrn Schmitz, Köln. Geachteter Herr! Ich kann es nicht länger mehr mit Geduld ansehen, datum werde ich mich an Sie. Ich arbeite in Bahenthal in der Maschinenfabrik, Abteilung Gießerei. Jeden Tag bin ich den größten Beschimpfungen und Beleidigungen der Herren Genossen ausgesetzt. Jeden Tag muß ich eine ganze Flut von Beleidigungen über mich ergehen lassen, so z. B. gestern abend (schwarzer Lump, schwarzer Zigeuner, Verräter u. a. m.) Auf jedem Schritt und Tritt sind sie hinter mir. Jeden Morgen, wenn ich komme und schließe meinen Schrank auf, dann fällt die Rheinische Zeitung heraus. Sie wissen ganz gut, daß ich dieses schmutzige Käseblatt nicht lesen mag. Gestern morgen hatte ich einen Bettel im Schrank, worauf zu lesen war: Für die hl. Fastenzeit, Offiziere Ia. Vollstet Käse. (Die Bezirksleitung).“

Es ist Mittags meine Gewohnheit, daß ich mich etwas schlafen lege. Nun ist es mir schon ein paarmal vorgekommen, daß ich erwachte und man hatte mir die Rheinische Zeitung auf Gesicht gelegt. Durch den üblen Geruch, den dieses stinkende Blatt von sich gibt, wurde ich wach. Gelegentlich des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier wurde mir vorgeworfen, ich sei ein Streikbrecher. Dieses alles wollte ich ja schon ruhig ertragen, aber jetzt kommt das schmutzige. Vorige Woche kam ich an einem dieser roten Brüder vorbei, da warf mich dieser mit einem harten Klumpen Sand so wider das Bein, daß ich kaum noch stehen konnte. Ich stellte ihn deshalb zur Rede und sagte zu ihm, ob er vielleicht meine, wir wären schon im sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Da kam er mir mit der Schaufel nach und rief: (Strecken sollst du Schwatte Deibel).“

Nun nehme ich meine Zuflucht zu Ihnen und hoffe, daß Sie diesen Brüdern das Handwerk legen werden. Es ist mein sehnlichster Wunsch, daß dieses Schreiben im Kölner Lokalanzeiger und in unserem Organ veröffentlicht werde, damit auch die anderen Kollegen mal sehen, wie es in Bahenthal aussieht. Uebrigens, können wir diese Genossen nicht zur Anzeige bringen? Ich werde morgen unserem Obermeister die Sache melden und wird es dann nicht geändert, so werde ich andere Schritte unternehmen oder ich sehe mich gezwungen, mir andere Beschäftigung zu suchen. Hochachtungsvoll (gez.) W. N.“

Nach diesem Brief aufgefordert, uns die Namen der Terroristen zu nennen, schrieb uns der junge Mann folgenden Brief:

„Stammheim, den 2. 4. 12. Herrn Franz Buchmann, Köln. Geachteter Herr! Habe Ihr werdes Schreiben erhalten. Es war mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, ich müßte mich in solchen Sachen an Herrn Schmitz wenden. Die Namen der Herren Genossen, es sind deren drei, lauten: Joseph Lohberich, Johann Westler und Peter Ditten, alle wohnhaft in Köln-Bahenthal. Wie ich geworfen worden bin, das war der Tag nach Maria Verlobung, also am 26. März. Und Streikbrecher haben sie mich an dem Tage des Zusammenbruchs genannt. Und die anderen Namen, die haben sie mir am 29. März abends in Wälsraum zugerufen. Also das war vorige Woche am Freitag. Samstag ging ich sofort zum Obermeister Schäfer und meldete das, da hat der sie mal ordentlich zuruchtgemessen und Samstags mittags ging schon wieder los: Judas, Verräter usw. Ich bitte Sie also, daß in dieser Angelegenheit die nötigen Schritte getan werden, damit ich mal endlich mit Ruhe arbeiten kann. Ich war Sonntag in Kall bei Humboldt. Ich werde in den nächsten Tagen von Kall Bescheid erhalten. Hochachtungsvoll (gez.) W. N.“

Aufgeblasene Sozialistengröße, wie wir Dir? Eißt die Dyrtheige? Weiter beschäftigt sich der schreibwichtige Genosse mit der Bewegung bei Humboldt und wirft dem Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes Zummheit vor. Es ist uns natürlich gleichgültig, wie dieser oder jener Obergenosse von uns denkt. Trotzdem hätte der Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes allen Anlaß, den Mund nicht so voll zu nehmen. Zummheit und Gemeinheit traten ja jüngst noch bei einer Verhandlung in einem eingemeindeten Vorort von Köln just bei einem Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in die Erscheinung. Wir wollen heute hier nicht persönlich werden. Sollte der rote Artikelschreiber aber nach nach Namen rufen, dann kann ihm geholfen werden; genau so wie im Falle Wits von der Bahenthaler Maschinenfabrik.

Um die dumme-unehrliche Kampfesweise des roten Artikelschreibers voll würdigen zu können, müssen wir noch einiges aus dem Artikel näher beleuchten. Hiernach sollen etwa 2000 Mitglieder in der chemischen Industrie unserem Verbands angehören und ein erheblicher Teil zu Köln gehören. Der Jahresbericht des Bezirksleiters, worauf der Artikelschreiber sich beruft, verzeichnet im Jahre 1910 281 und im Jahre 1911 200 Mitglieder aus der chemischen Industrie im ganzen zweiten Bezirk. Nun befindet sich im Bericht ein Druckfehler; es eine 2-zweifel im Bericht, was durch eine einfache Addition festzustellen war; diese hätte ohne Zweifel jeder herausfinden können. Ein sozialdemokratischer Agitator hat das allerdings nicht nötig. Er braucht Druckfehler und Abkürzungen, um — aus dem Bezirksbericht zu allem Ueberflus auch noch „Rügerinnen“ und „Ehrenbäume“ herauszufiltern zu können.

Der Bericht des Bezirksleiters gibt unter dem Kapitel „Agitation“ 1127 Aufnahmen und einen Zuwachs von 736 Mitgliedern für Köln an. Es ist dies eine Gegenüberstellung der einzelnen Ortsgruppen mit gleichwertigen Faktoren. Nun dürfte doch dem Herrn Genossen, der sich so liebevoll um das Gedeihen unseres Verbandes sorgt, nicht unbekannt sein, daß bei uns seit Ende 1910 eine Jugendbeitragsklasse besteht, die aus dem Grunde, weil noch nicht in allen Ortsgruppen Jugendbeiträge eingeführt sind, aus der genannten Aufstellung ausgeschlossen wurde. Nun liegt es aber doch sehr nahe, daß, wenn die hiesige Geschäftsleitung ein Zirkular an die Mitglieder herausgibt, die 516 Aufnahmen der Jugendklasse mit dazu gerechnet werden, denn auch diese haben für unsere Kollegen Arbeit geleistet, obwohl von den aufgenommenen jungen Mitgliedern ein sehr großer Prozentsatz wieder verloren ging und nur 153

verblieben. Dies ist bedauerlich, läßt sich aber aus verschiedenen Umständen erklären.

Wo der Bezirksbericht überhaupt eine Gesamtmitgliederzahl für Köln angibt, ist uns ein Rätsel, das zu lösen wir dem Genossen überlassen. Oder sollte die Zahl von 2686 bei ihm zur jüen Idee geworden sein? Und erst die 20 914 „weiblichen“ Beiträge. Der Streibisag kennt das Statut unseres Verbandes, Paragrah und Absatz weiß er zu zitieren, — aber sonderbar, er hat übersehen, daß dort für die halbe Beitragsklasse überall die Bezeichnung „für weibliche und jugendliche Arbeiter“ gewählt ist. (§ 8 Abs. 1 und § 9 Abs. 5, § 16). Daß es sich nicht allein um weibliche Mitglieder handeln kann, sondern daß in die Tabelle der Kürze halber nur das erste Wort eingelebt ist, zeigen ihm auch die 523 Aufnahmen a 30 Pf. Sollten davon nur 32 übrig geblieben sein? — Nehmlich verhält es sich mit den Delegiertenmarken. Durch den Umstand, daß dieselben früher sehr häufig mit den Lokalfestbeiträgen erhoben und dann durch die Lokalfasse gebeckt wurden, ist eine gewisse Unruhe in diesem Punkte eingerissen. Zu seiner Beruhigung wollen wir den Genossen aber versichern, daß wir keine „Feststellungen“ zu einer eifrigen Agitation für die Zahlung der Delegiertenmarken benutzen werden. Besonders rätselhaft ist es dem Genossen, daß jedes Mitglied der Kölner Verwaltung durchschnittlich um 8 1/2 Beiträge „zurück“ ist. (Der Bezirksbericht stellt nämlich eine durchschnittliche Beitragsleistung von 43,42 fest.) Ist das nicht „demagogisch“, d. h. auf die Unmündigkeit der roten Defer spekuliert? Im roten Metallarbeiterverbande wäre demnach auch jedes Mitglied um 4,9 Beiträge „zurück“. Das trotz der annähernd 1/2 Duzend bezahlten Einlassierer!

In Vorstehendem glauben wir die Aufklärung gegeben zu haben, welche notwendig war, um die irren Gedankenänge des Genossenschreibers wieder in normale Bahnen zu lenken. Sollten ihm jetzt noch Zweifel aufsteigen, so raten wir ihm dringend an, sich in ärztliche Behandlung zu begeben. Denn, da ein Narr mehr fragen kann als 10 Weisheit beantworten können, hat eine weitere Auseinandersetzung mit ihm doch keinen Zweck.

Sterbetafel.

Osnabrück. Am 3. Mai starb unser Kollege August Tronnier im Alter von 66 Jahren. (Herzleiden.)
Krefeld. Am Sonntag, den 12. Mai starb unser jugendlicher Kollege Josef Kriegermann im Alter von 17 Jahren an Gehirnentzündung.
Chre ihrem Andenken!

Briefkasten

Wegen des Pfingstfestes ist Redaktionschluss für die nächste Nummer bereits Samstag, den 25. Mai. Notigen für den Verfallungskalender müssen spätestens am 28. mit der ersten Post auf der Hauptgeschäftsstelle eingegangen sein.
Nach Osnabrück, Düsseldorf, Biersen, Warstein, Münster i. S., Essen u. Berichte folgen in nächster Nummer.

Verfallungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen!
Verfallung ohne triftigen Grund keine Verfallung!
Freitag, den 24. Mai.
Glabbeek. Abends 7.30 Uhr bei Kortpot. (Christliches Gewerkschaftshaus).
Gelsenkirchen-Blumke. Abends 8 Uhr bei Metzdode.
Samstag, den 25. Mai.
Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Kürten, Bekemerstraße.
Düsseldorf-Mittestadt. Abends 9 Uhr bei Stier, Hundsrückenstr. 16/18.
Düsseldorf-Neuf. Abends 9 Uhr bei Hof, Niederstraße.
Damburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Falkstr. 97.
Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Stereal, Breitestraße.
Köln-Chrenfeld. Abends 9 Uhr bei Kordndorfer, Kesperstraße.
Neuberg. Abends 8.30 Uhr beim Weimhaus, Wilhelmstraße 30.
Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 8 Uhr bei Weimann.
Welfert. Abends 8.30 Uhr bei Festinger, Kirchstraße 12.
Sonntag, den 26. Mai.
Berlin-Oberschöneweide. Abends 7 Uhr bei Olesch.
Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Kreitzinger, Münsterstraße, Kaiser Kreuzweg.
Düsseldorf-Oberbilk. Vorm. 11 Uhr bei Mülges, Ellerstraße.
Köln-Rath-Heumar. Morgens 11 Uhr bei Krein.
Köln-Vonheim. Morgens 11 Uhr bei Kämmling, Bentelerstr. 187.
Neunkirchen. Abends 8 Uhr im „Stern“ bei Schleppl.
Samstag, den 1. Juni.
Angsburg-Bautschloffer. Abends 8 Uhr im Lokal.
Bocke-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Schürmann.
Berlin-Moabit. Bei Baberaki, Gohlfeldstr. 36.
Dra-Neudorf. Abends 8.30 Uhr bei Papertamp, Ede Blumen- und Kammerstraße.
Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weimartischen Hof.
Giesfeld. Abends 8.30 Uhr bei Herzenrath, Klobbahn.
Freiburg. Abends 8.30 Uhr im Gantersbräu, Schiffstr. 7.
Wahl-Weisterbauer. Abends 8.30 Uhr bei Wüthgenborn.
Köln-Ostheim. Abends 9 Uhr bei Schmitz, Frankfurterstr.
Hildesheim. Abends 8.30 Uhr bei E. Demer.
Radolfzell. Verfallung mit Vortrag im Gasthaus zum Kreuz.
Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.
Sonntag, den 2. Juni.
Bochum-Verwaltungsstelle. Nachm. 3 Uhr Vorstände- und Vertrauensmänner-Verfallung sämtlicher Sektionen im christlichen Gewerkschaftshaus Bochum, Wilhelmhauserstr. 13. Daran anschließend 5 Uhr außerord. Mitgliederversammlung mit Frauen. Redner: Bezirksleiter Hirslefer.
Welfheim. Verfallung im „Strich“.
Berlin-Jugendklasse. Nachm. 3 Uhr im deutschen Gärtnerheim, Stralauerstr. 63.
Wetzlar. Vorm. 11 Uhr bei E. B. Schralle, am Markt.
Danzig. Nachm. 2 Uhr im St. Josefshaus.
Dag-Laar. Morgens 11.30 Uhr bei Jansen. Ref.: Kol. Burgardt.
Gelsenkirchen-Renitadt. Vorm. 11 Uhr im Ruhthal-Restaurant.
Gelsenkirchen-Schalke. Vorm. 11 Uhr bei Bener.
Damburg. Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlich am Neumarkt.
Köln-Altenhagen. Morgens 11 Uhr bei Steinhans.
Karlruhe. Vorm. 10 Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerfestung im Palmgarten. Abreden mit den Ortsfaktierer.
Köln-Kall. Morgens 11 Uhr bei Söngesberg, Brennerstr. 14.
Köln-Bingh. Morgens 11 Uhr bei Köffefernd, Strubenerstr. 2.
Köln-Boll. Morgens 11 Uhr bei Jägerberg, Sandstr. 28.
Köln-Brühl. Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Uhlstr. 8.
Schalkmühle. Nachmittags 5 Uhr bei Wedder.
Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wieje, Bahngasse.
Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirgen, Meertag-Kafeteria.
Mittwoch, den 5. Juni.
Duisburg. Abends 8.30 Uhr Vertrauensmännerfestung im Konferenzzimmer, Heilschlitzstraße 2.

8-10 tüchtige Zormer für Maschinenbau gegen hohen Akkordlohn gesucht. (Mittelsbeg. Umzugsbeihilfe nach Vereinbarung.) Meldungen sind an die Geschäftsstelle unseres Verbandes in Siegen, Sandstraße 30 zu richten.